

Der Deutsche Metallarbeiter.

Organ für die Interessen der in der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Erscheint wöchentlich Samstags.
Abonnementspreis pro Quartal 1 M.
Polizeiinsasse Nr. 1944 a.
Anzeigenpreis die dreipaltige Zeile 40 Pfg.
Telephon Nr. 535

Schriftleitung:
Duisburg, Seitenstraße 19.
Schluß der Redaktion: Montag
Abend 6 Uhr.
Aufschriften, Abonnementsbestellungen
u. d. d. an die Geschäftsstelle Seiten-
straße 19 zu richten.

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Die Lage der Metall- und Hüttenarbeiter vor dem Reichstag.

Eine von der Gesetzgebung bis heute sehr vernachlässigte Berufsgruppe sind die Arbeiter der Großmetall- und Hüttenwerke. Es ist deshalb eine dringende Pflicht der Gesetzgebung, daß hier einmal etwas durchgreifendes geschehen muß. In den Reichstagsverhandlungen zum Etat des Reichsamts des Innern in den vergangenen Wochen ist diese Frage mit besonderem Nachdruck in den Vordergrund geschoben worden. Seitens der Zentrumsfraktion war eine Resolution Wiesberts und Graussen eingebracht mit folgendem Fortlaut:

Der Reichstag wolle beschließen: den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, durch den Verit für Arbeiterstatistik Untersuchungen veranlassen zu lassen über die Arbeiterverhältnisse in den Walz- und Hüttenwerken und den dazu gehörigen Nebenanlagen, insbesondere

1. über die Einwirkung der Arbeit in diesen Anlagen, namentlich der Feuerarbeit auf Gesundheit und Leben der Arbeiter (Krankheits- und Unfallgefahr);
2. über die hygienische Beschaffenheit der Arbeitsräume, der bestehenden Wasch- und Waderinrichtungen, Speiseräume usw.;
3. über die Dauer der täglichen Arbeitszeit, Zahl der (monatlich, jährlich) verfahrenen Arbeiter, Umfang der Ueberarbeit, Zahl der daran beteiligten Arbeiter und der auf der einzelnen entfallenden Ueberstunden resp. Ueberstunden;
4. über die Möglichkeit der Einführung der achtstündigen Arbeitszeit für schwere Feuerarbeiten;
5. über die Durchführung der Bestimmungen betreffs Sonntagsruhe, mit dem Ziel der möglichsten Einschränkung der Sonntagsarbeit;
6. eine entsprechende Bundesratsverordnung auf Grund des Paragraphen 120e zu erlassen.

Berlin, den 16. April 1907.

Wiesberts, Feder (Potsdam), Duffner, Frayberger, Gerstenhauer, H. v. Horn, Dr. Dpitzger, Dr. Pfeiffer, Schiffer, Schmidt (Simmensdorf), Steinbl., Suwy, Dr. Thaler, Wiedberg, Dr. Witt (Straßburg).

Von der sozialdemokratischen und polnischen Fraktion waren ebenfalls diesbezügliche Resolutionen eingebracht, die alle drei in der Reichstags-Sitzung vom 12. April bis zur Beratung des Reichsgesundheitsamtes zurückgestellt wurden, weil, wie der Abg. Trimborn betonte, noch sehr vieles dazu zu sagen wäre. Das dürfte zweifellos richtig sein. Inzwischen ist die Resolution Wiesberts beim Titel Reichsgesundheitsamt angenommen worden. Der erste Teil einstimmig, der zweite Teil gegen die Stimmen der Konservativen. Für die auch von diesen vor den Wahlen zur Schau getragene „Arbeiterfreundlichkeit“ eine schöne Illustration. In der Sitzung vom 12. April kam unser Kollege Abg. Wiesberts im Reichstag zu Wort und begründete die von ihm eingebrachte Resolution. Dabei ging er näher auf die Lage der Metall- und Hüttenarbeiter ein, indem er nach dem stenographischen Bericht folgendes ausführte:

Meine Herren, warum verlangen wir vorerst vollständige Erhebungen über die Verhältnisse in der Metall- und Hüttenindustrie? Wir verlangen sie deshalb, weil gerade in dieser am weitesten ausge dehnten Großindustrie es bisher nicht möglich ge-
wesen ist, ein klares Bild über die Arbeitsverhält-

nisse zu gewinnen, und aus diesen Kreisen fortgesetzt die allerlebhaftesten Klagen über lange Arbeitszeit, schlechte Arbeitsräume usw. in die Presse kommen. Die Erhebungen des Statistischen Amtes haben sich bisher im wesentlichen auf die kleinen Industrien, auf die handwerksmäßigen Betriebe beschränkt, Gastwirtsgewerbe usw., und ich leugne durchaus nicht, daß diese Erhebungen absolut notwendig waren. Aber, meine Herren, man soll auch hier, in der Großindustrie, nicht vergessen, daß sich dort Mißstände allmählich angehäuft haben, die der ernstlichen Untersuchung bedürfen.

Unsere deutsche Metallindustrie hat sich glücklicherweise so entwickelt wie kaum ein anderer Industriezweig in Deutschland. Die Metallindustrie ist das Rückgrat der deutschen Industrie. Die Metallindustrie wirt den Unternehmern ganz erhebliche Gewinne ab; aber sie zahlt auch, will ich hinzufügen, im Verhältnis zu anderen Industriezweigen ganz erhebliche Löhne, erfordert aber von den Arbeitern auch ein ganz außerordentliches Risiko an Gesundheit und Lebenskraft, und darum ist ein größerer Schutz, eine größere Fürsorge für die Metall- und Hüttenarbeiter ganz entschieden am Platze und notwendig.

Wir wünschen in unserer Resolution zuerst einmal Erhebungen über die Wirkung der Feuerarbeit auf die Gesundheit und das Leben der Arbeiter. Wir möchten aufgedeckt die Ursachen der außerordentlich hohen Krankheitsziffern und Unfallziffern in der Walz- und Hüttenindustrie. Meine Herren, die Steigerung der Unfälle in diesem Industriezweig ist so groß wie in keinem anderen Zweige unserer ganzen Industrie. In der Südwestdeutschen Eisen- und Stahlwerksberufsgenossenschaft stieg die Zahl der entschädigungsberechtigten Unfälle im Jahre 1904 von vorher 9,3 auf 10,4 und 1905 auf 10,34 auf je 1000 Vollarbeiter. Die Zahl der angemeldeten Unfälle betrug pro 1000 Vollarbeiter 1901: 97,0, 1902: 101,9, 1903: 102,5, 1904: 102,3, 1905: 103,6. Am schlimmsten ist die Sache bei der Rheinisch-Westfälischen Eisen- und Stahlwerksberufsgenossenschaft. Der Prozentsatz der entschädigungspflichtigen Unfälle auf je 1000 Vollarbeiter betrug hier 1902: 13,6, 1903: 14,2, und 1904: 15,2. Im vorvergangenen Jahre 1905 ist die Zahl etwas geringer: 14,6. Noch erheblicher stieg aber die Zahl der angemeldeten Unfälle, und zwar kamen auf je 1000 Vollarbeiter 1902: 183,3, 1903: 180,0, 1904: 187,6, und 1905: 195 Unfälle.

Meine Herren, das sind Ziffern, die zu denken geben. Man darf nicht von vornherein sagen, es liege an der Schwere der Industrie und an der Art der Arbeit. Zweifellos liegt etwas an der Art dieser Industrie, die leicht zu Unfällen neigt. Wer mit Eisen und Feuer umgehen muß, hat Gelegenheit sich zu verbrennen; hat Gelegenheit, zu stürzen; hat Gelegenheit, daß ihm irgend etwas auf den Kopf fällt usw. Aber diese Höhe der Unfälle ist doch außerordentlich bedenklich.

Ebenso, meine Herren, sieht es aus mit den Krankheitsziffern. Es gibt kaum eine Berufsgruppe, wo an und für sich so viel gesundes, starkes Menschenmaterial verwendet wird, und wo die Krankheitsziffer in den Krankenkassen so groß ist wie gerade bei der Walz- und Hüttenindustrie. Ich will auf Einzelheiten der Kürze der Zeit halber nicht eingehen. Ich möchte, daß durch Erhebungen die Sache geklärt wird und auf Grund der Erhebungen natürliche entsprechende Verordnungen erlassen werden. Ganz besonders möchte ich die Aufmerksamkeit lenken auf die Zustände in den lothringischen Hüttenwerken, von denen mir so schlimme

Dinge berichtet worden sind, daß ich vorderhand nicht den Mut habe, sie hier vorzutragen, (hört hört!), ohne die Sache erst näher untersucht zu haben. Ganz besonders soll es dort in den Spitäler sehr unsauber aussehen, und die Behandlung der italienischen Arbeiter soll eine vollständig unwürdige sein.

Meine Herren, es wird sich wohl im Laufe der Tagung noch Gelegenheit finden, auf diese Dinge im einzelnen näher einzugehen; aber schon jetzt mache ich darauf aufmerksam, daß man leider in der Hütten- und Walzwerksindustrie den Wünschen der Arbeiter nicht genügend in der Richtung entgegenkommt, daß man ihnen die Unfallverhütungsvorschriften in ihrer Muttersprache zur Kenntnis bringt. Wenn man Italiener, Russen, Galizier, Böhmen und Gott weiß was für Leute in die Industriegebiete hineinschleppt, und sie mit den Unfallverhütungsvorschriften der Berufsgenossenschaften völlig unbekannt läßt, dann kann man sich nicht wundern, wenn die Unfälle außerordentlich steigen, und darum wünschen wir, daß auch gesetzlich festgelegt wird, daß den Arbeitern die Unfallverhütungsvorschriften in ihrer Muttersprache zur Kenntnis gebracht werden.

Am schlimmsten liegen die Dinge in dem ober-schlesischen Industriegebiet, welches ja des öfteren hier der Gegenstand lebhafter Kritik gewesen ist. Die Unfallziffern überrreffen dort noch die von Rheinland und Westfalen. Die schlesische Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft hatte auf 1000 Vollarbeiter im Jahre 1902 14,4 entschädigungspflichtige Unfälle, im Jahre 1903 15,13, 1904 17,2 und 1905 15,9. Das sind Zahlen, die alles übersteigen, was man bisher für möglich gehalten hat. Dazu kommt, daß im ober-schlesischen Industriebezirk die Löhne am allerniedrigsten sind. Man weiß ja gern auf die hohen Löhne hin, die die Metall- und Hüttenarbeiter haben, und ich selbst habe auch schon angeführt, daß in diesen Industriezweigen mit die höchsten Löhne gezahlt werden. Nun haben wir keine zureichende Lohnstatistik, wir müssen uns begnügen mit den Berechnungen, die wir uns auf Grund der Berichte der Berufsgenossenschaften machen können, und nach diesen Berichten, die nicht ganz zuverlässig sind und daher mit Vorsicht aufgenommen werden müssen, betrug im Jahre 1905 der Durchschnittslohn der Metall- und Hüttenarbeiter bei der rheinisch-westfälischen Walzwerksberufsgenossenschaft 1413 Mark, bei der sächsischen Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft 1010 Mark, in der norddeutschen Eisenberufsgenossenschaft 1451 Mark, in der lothringischen Stahlberufsgenossenschaft 1074 Mark, in der nordöstlichen 1085 Mark, in der sächsischen 1141 Mark und in der schlesischen 886 Mark. Der Bezirk Essen, in dem die Löhne wohl am höchsten in Deutschland stehen, betrug der Durchschnittslohn der Hütten- und Walzwerksarbeiter 1557 Mark. Stellt man diese Summe dem Lohn gegenüber, der in Oberschlesien gezahlt wird, so findet man eine Differenz der Löhne, die in keiner Weise durch die Verschiedenheit der Lage der Industrie berechtigt erscheint. Dazu kommt der Umstand, daß gerade in Oberschlesien in reichem Maße Arbeiterinnen beschäftigt werden und zwar zu ganz geringen Tagelöhnen. Wer etwa glaubt, daß die Frauen dort mit nebensächlichen Arbeiten beschäftigt werden, irrt sehr. Ich habe hier einen Bericht aus Oberschlesien, den ein Arbeiter geschrieben hat. Derselbe schreibt über diese Zustände unter anderem folgendes:

Die Lebenshaltung der meisten ober-schlesischen Arbeiter ist einfach, trübsalig zu nennen. In keinem anderen Bezirk unseres deutschen Vaterland-

des sind die Frauen und Mädchen gezwungen, die schwere, überaus ungesunde Arbeit in den Hütten-, Berg-, Blei- und Zinkwerken zu verrichten, wie in Oberschlesien. Insgesamt werden in den gesamten Werken beschäftigt, 12 263 Mädchen und Frauen, davon in den Hüttenwerken 3214; ja sogar in den gesundheitsschädlichen Blei- und Zinkhütten wurden im 2. Quartal 1906 1715 Mädchen und Frauen beschäftigt. Dieselben werden mit zu den schwersten Arbeiten herangezogen, wie Aufschichten, Koksfahren, Kohlenabladen, ja selbst die schweren Schlackenwagen steht man sie mit Aufgebot aller ihrer Kräfte vor sich herschieben, und das alles sage und schreibe zu einem Tagelohn von 1 Mark bis 1,50 Mark.

Was sind Zustände, die unbedingt der Klärung und der Abhilfe bedürfen. — Wir veröffentlichen im zweiten Teil unserer Resolution Untersuchungen über die Beschaffenheit der Arbeitsräume. Es ist ja erfreulich, festzustellen, daß allmählich unter dem Druck der öffentlichen Meinung und der Arbeiterorganisationen man auf den Hüttenwerken insofern sozialpolitische Fürsorge trifft, als man für gutes Trinkwasser sorgt. Für die schweren Feuerarbeiten ist es von außerordentlicher Wichtigkeit, daß die Leute gutes Trinkwasser oder noch besser Kaffee oder ein ähnliches Getränk zur Verfügung haben. Nicht in allen Hüttenwerken ist man heute soweit, daß man in den Sommermonaten den Leuten anstatt Wasser, das oft gefährlich ist, Kaffee gibt. Ich meine aber, die Hüttenindustrie wirft so hohe Gewinne ab, daß dieselben gar nicht beeinträchtigt werden, wenn man gerade nach der Seite hin ein bißchen human handelt und den Arbeitern unerschöpfliche Getränke zur Verfügung stellt, die erfrischend wirken und vor allen Dingen die starke Schweißabsonderung ableiten, der die Leute ausgelegt sind.

Es kommen ferner in Betracht die Wasch- und Badeeinrichtungen, die unbedingt nötig sind, namentlich in Hüttenwerken, wo die Leute in Schmutz und Dreck arbeiten müssen und von früh bis spät starken Schweißabsonderungen ausgelegt sind. Wenn man bedenkt, daß die Leute sich höchstens die Hände und das Gesicht waschen können und so nach Hause gehen, dann kann man sich ein Bild machen von der Keimlichkeit, die in diesen Haushaltungen herrscht. Wir müssen dahin kommen, daß den Arbeitern im Bergbau und in anderen schmutzigen Industrien nicht bloß reichliche Gelegenheit zum Baden gegeben wird, sondern daß die Arbeiter auch angehalten werden durch die Arbeitsordnung, diese Badegelegenheit zu benutzen. Ich war vor einigen Jahren einmal in einem großen Farbwerk, wo mir als eine außerordentliche Wohlfahrtsanleihe eine Anzahl Arbeiterbäder gezeigt wurden, die zum Teil sehr nett eingerichtet waren. Ich war natürlich darüber sehr erfreut; aber als ich die Arbeiter ansah, die rot, grün usw. aussahen, konnte ich es nicht als eine besondere Wohlfahrtsanleihe ansehen, daß man den Leuten die Gelegenheit zum Baden gab, sondern einfach als eine soziale Pflicht. Einen Menschen, der in der Produktion sich derartig beschmutzt, darf man nicht in einem solchen Zustand nach Hause gehen lassen. Deshalb sollte man auch in Hüttenwerken mehr Wert auf reichliche Wasch- und Badeeinrichtungen legen. Vielfach sind auf den Hüttenwerken nicht einmal Ankleideeinrichtungen vorhanden. Die Räumlichkeiten, in denen der ganze Produktionsprozeß vor sich geht, sind zugig. Das läßt sich nicht immer ändern; aber eins kann geändert werden, nämlich daß man zu gewissen Zeiten, besonders im Sommer, für genügende Lüftung und Ventilation sorgt, um die schädlichen Gase abzuführen, die sich vielfach bei dem Verhüttungsprozeß entwickeln.

Das schlimmste in der Hüttenarbeit ist die Arbeitszeit. Ich mache darauf aufmerksam, daß nach den Berichten der Berufsgenossenschaften bei den Berufsgenossenschaften der Berg- und Hüttenwerke, speziell bei der Rheinisch-Westfälischen, die Zahl der Vollarbeiter größer ist als die Zahl der Versicherten. Bekanntlich berechnet man einen Vollarbeiter auf 300 Arbeitstage. Man findet man in der Statistik, daß z. B. 1904 in der Rheinisch-westfälischen Berufsgenossenschaft 139 732 Vollarbeiter angegeben werden, dagegen nur 136 961 Versicherte, und daß hier stets 2700 resp. 2600 Vollarbeiter mehr da sind als Versicherte. Daraus resultiert allein, wie ungebührlich lange heute die Arbeitszeit für die Hüttenarbeiter ist. Denn wir nehmen annehmen, daß von der Zahl der Ver-

durch Krankheiten und sonstige eine Schicht fehlen müssen, so daß im Durchschnitt wohl auf jeden Versicherten kaum mehr als 300 regelmäßige Schichten kommen. Aber das Mehr kommt auf die Überstunden und Nachschichten, und da habe ich hier einen kleinen Auszug machen können, aus dem ersichtlich ist, wieviel Material, welches mir der christliche Metallarbeiterverband zur Verfügung gestellt hat. Ich habe leider nicht die Zeit gewonnen, dasselbe vollständig durchzuarbeiten. Ich will nur wenige Zahlen anführen, um Sie nicht zu langweilen.

Diese Fragebogen ergeben z. B. für die Gruppe eines Hüttenwerks, daß von 63 Arbeitern 21 in einer vierzehntägigen Periode auf eine Arbeitsstundenzahl von 170 kamen, 17 auf 150 bis 160 Stunden. Vielfach ist die Frage nach der Zahl der Arbeitsstunden ersetzt durch folgende Bemerkung: Ich arbeite 13 Stunden täglich und mache 13 Schichten, 13 mal 13 Stunden in 14 Tagen. — Ich will weiteres Zahlenmaterial dazu nicht mehr geben. Es ist eine gar zu bekannte Tatsache, daß gerade in der Hüttenindustrie vieles faul ist, in bezug auf die Arbeitszeit, und jede Reform muß einsehen mit der Regelung der Arbeitszeit, vor allen Dingen auch mit der Regelung der Sonntagsarbeit. Vielfach kommt es vor, daß z. B. die Nachschichten, die Schichten, die am Samstag abend 6 Uhr anfangen und bis anderen morgen 6 Uhr arbeiten, bis über Mittag zurückgehalten werden für Reparaturarbeiten; es kommen heute noch Fälle vor, wo Leute 18—24 Stunden ununterbrochen arbeiten müssen. Die 16stündigen Schichten, die auch einmal ziemlich Sitte gewesen sind in dieser Industrie, kommen allmählich ab, einerseits weil die öffentliche Kritik auch auf diese Verhältnisse etwas wirkt, und andererseits weil die Arbeiter sich weigern, diese übermäßige Arbeitszeit zu leisten.

Das Ziel, das wir in der Hüttenindustrie verfolgen müssen, ist die Einführung des Achtstundentages. Die Hüttenindustrie, vor allen Dingen soweit die Feuerarbeiter inbetracht kommen, ist angewiesen auf eine fortgesetzte, ununterbrochene Produktionsfähigkeit, sie kann die Arbeitszeit nicht willkürlich regeln wie die Weberei, Spinnerei. Wenn es aber wahr ist, daß die Arbeit so schwer, so gesundheitsschädlich, so unfaßbar ist, dann, meine ich, muß man ernstlich überlegen, ob nicht der dreiteiligen Schicht der Vorzug zu geben ist. Wer acht Stunden am Hochofen bei großer Hitze gearbeitet hat, hat Kräfte genug verloren. (Sehr richtig!) Ich bin speziell in diesen Hüttenbezirken bekannt. Wenn man Sonntags Arbeiterversammlungen abhält, so trifft man häufig Arbeiter, die 24 Stunden gemacht haben, — was, um den Schichtwechsel herbeizuführen, sehr dumm ist. — Diese Leute schlagen in der Versammlung ein und sind kaum noch zu kriegen durch Anstöße, so total erschöpft und ermüdet sind die Leute von der schweren, harten Arbeit. Ich meine, es wäre alle Veranlassung, diese Dinge zu untersuchen und Mittel und Wege zur Abhilfe zu suchen. Insofern käme unsere Resolution in Frage.

Ich habe hier einige Exemplare von Fragebogen, die ein Bild von den Zuständen in der Hüttenindustrie geben. Ich will von denselben nur zwei vorlesen. Das ist deshalb interessant, weil auf der Rückseite dieser Bogen die Leute ohne Aufzorderung ihrem Herzen Luft machen, so daß man erfährt, was sie persönlich nicht zu sagen wagen und auch in Versammlungen nicht vorbringen. Da schreibt ein Mann über die Behandlung in dem betreffenden Werk — einem der bedeutendsten und größten Hüttenwerke Deutschlands —:

Die Behandlung in unserer Abteilung ist nicht vom besten; unser Chef will jeden herauswerfen und wirft mit Zintenfassern nach den Arbeitern und tut sich aller großen Ausdrücke bedienen, die sich für so einen gebildeten Mann, wie der Herr sein will, nicht geziemen. Wegen mir hat er sich so Ausdrücke bedient: „Saukerl“, „Dreckerl“, usw. Der Chef hat zu meinem Kollegen gesagt, er will die ganze saule Brut ausschütten und will die Arbeiter so heranziehen, daß das Blut ihnen aus den Nägeln kommt. So hat er sich ausgedrückt gegen die Arbeiter. Der Hagenmeister, der hat sich auch so allerhand Worte gegen mich bedient und gegen die Gewerkschaft. Er sagte zu mir, er wolle mir Ohrspeißen geben, daß mir die Zähne nur so herausfliegen, und auch gegen meinen Kollegen — den Namen des Betreffenden will ich verschweigen —

Das sind so Stimmungsbilder! Ein Kesselwärter von einem großen Hüttenwerk schreibt folgendes auf dem Fragebogen:

Mißstände. Jeder Kessel war schon überfüllt mit Wasser, die Sicherheitsventile besetzt mit schweren Eisenstücken. Es hat sich der Kesselwärter, bei dem die Mißstände hauptsächlich vorkommen, schon einmal selbst darauf gelegt. Dieser läßt es oft so weit kommen, daß die Kessel kein Wasser mehr haben, jedoch die Feuer müssen herausgerissen werden. Der Kesselwärter hat die Heizer wegen der Beschädigung der Ventile gewarnt, daß im Wiederholungsfall Bestrafung eintreten würde. Bei diesem Kesselwärter verbrauchen die Heizer 6—7 Tonnen Kohlen mehr als bei den anderen. Er läuft im Kesselhaus herum und traktiert die Heizer in der gemeinsten Art und bedroht sie sogar mit Schlägen. Wenn er sich im Betrieb etwas zuschulden kommen läßt, dann müssen die Heizer dafür herhalten. Er wird überall nur genannt: der Mörder unserer Jugend.

Das ist wieder ein Stimmungsbild! Diese Aufzeichnungen zeigen jedenfalls, wie sehr die Arbeiter, die unter diesem Druck stehen, ihn empfinden, wenn sie ihn auch drastisch zum Ausdruck bringen. Ich bin Herrmann Raumann vollständig zu, wenn er sagt, daß gerade für diese Großindustrie unbedingt Maßnahmen getroffen werden müssen, die die Freiheit des Arbeiters sicherstellen. (Sehr richtig! in der Mitte). In keinem Industriezweig ist das Organisationsrecht so verkannt, wie gerade in der Großindustrie.

Herr D. Raumann hat die Frage über die Gewährung einer gesetzlichen Arbeitsverfassung für die Großindustrie angegriffen. Das Problem ist ja vor einigen Jahren auf der Generalversammlung des Vereins für Sozialpolitik erörtert worden. Ob und wie es praktisch durchgeführt werden kann, das lasse ich vorläufig dahingestellt. Ich möchte nur vor einer pessimistischen Auffassung der Dinge warnen, als ob es nämlich nicht möglich wäre, schließlich auch in die Hüttenindustrie mit der Organisation hineinzukommen. In den letzten Jahren haben wir doch in verschiedenen Fällen gesehen, daß auch die Hüttenwerke sich schließlich dem Einbringen der Organisationen nicht so ganz entgegensetzen können. Mehrere Streiks, vor allen Dingen an der Saar, aber auch am Rhein, haben doch gezeigt, daß auch die Hüttenarbeiter allmählich den Mut gewinnen, sich zu organisieren.

Wichtiger als eine sogenannte Verfassung für die Großindustrie scheint mir das, was ebenfalls D. Raumann betont hat: eine größere Sicherung des Kvalitionsrechts, damit der Unternehmer nicht mehr ungekräftigt die Leute aus den Organisationen fernhalten kann. Inwiefern dann später eine gesetzliche Verfassung — sagen wir mal: obligatorische Arbeiterausschüsse eingeführt werden können, lasse ich vorläufig dahingestellt. Das Wichtigste ist für die Arbeiter das Kvalitionsrecht und das Aufräumen mit diesen schauerhaften Zuständen in der Hüttenindustrie. Wir können von diesen Arbeitern eigentlich gar nicht so viel selbständiges Denken verlangen, daß sie den Mut zur Organisation finden, wenn sie unter so schrecklichen Zuständen leben müssen: so lange Arbeitszeit, solche Schädigungen ihrer Gesundheit, dazu oft ein Lohn, der nicht im Verhältnis steht zur notwendigen Lebenshaltung der Leute. Man muß bedenken, daß kaum eine Kategorie Arbeiter, um halbwegs ihre Arbeitskraft zu erhalten, eine so gute Lebenshaltung haben muß wie die Berg- und Hüttenarbeiter. (Sehr richtig! in der Mitte).

Ich wünsche nichts sehnlicher, als daß das, was der Sekretär der englischen Maschinenbauorganisation der Studienkommission, welche neulich in England war, ausgerüstet von der Gesellschaft für soziale Reform, sagte, auch für Deutschland wahr würde. Er sagte nämlich: in keinem Gewerbe des Landes (Englands) sind die Beziehungen zwischen Arbeiter und Arbeitgeber sowie den Vertretern derselben so gute und so freundschaftliche wie in der Eisen- und Stahlindustrie. Leider müssen wir für uns in Deutschland das Gegenteil behaupten: in keinem Industriezweig lassen die Arbeitsverhältnisse bzw. hygienischen Zustände, Unfallverhütung usw. so viel zu wünschen übrig, wie in der großen Eisenindustrie. Keine Industrie zeigt den Organisationsbestrebungen der Arbeiter so viel Widerstand entgegen wie gerade die Großindustrie, allerdings mit rühmlichen Ausnahmen. Wenn vor allem Herr Dr. Stresemann dahin in seinen Briefen wirken will, daß die Industriellen andere Bahnen einschlagen, so wird das niemand mehr begründen als die Ar-

weiter selbst, die keine Lust an Kampf und Streit haben, aber die schimmern Verhältnisse bessern wollen, unter denen sie jetzt zu leben haben. Darum sollte das arbeiterstatistische Amt neben den Arbeiten, die es bereits hat, eine Erhebung über die Lage der Arbeiter in den Hütten- und Walzwerken veranlassen, um auf deren Resultate ein gesetzgeberisches Einschreiten zur Beseitigung dieser Mängel durch Bundesratsverordnung oder auf anderem Wege zu basieren. (Lebhaftes Bravo in der Mitte.)

Diese Ausführungen des Kollegen Giesberts, die auch im Reichstag ihren Eindruck nicht verfehlt haben, zeigen den Metall- und Hüttenarbeitern, daß ihre Interessen von den christlichen Arbeitervertretern mit allem Nachdruck vertreten werden. Nimmehrer erwarten wir von der Regierung endlich praktische Arbeit, denn die Bestimmung der überwiegenden Reichstagsmehrheit ist den betreffenden Resolutionen sicher. An der Regierung bzw. am Bundesrat wird es liegen, ob die Sache wieder auf die lange Bank geschoben oder endlich etwas geschehen soll. Falls es jedoch, alles von der Gesetzgebung zu erwarten, nach wie vor wird die Selbsthilfe am wirksamsten sein und die beruht auf starken, leistungsfähigen Organisationen. Stärkung und Ausbau derselben ist deshalb Vorbedingung jedweden Fortschritts.

Die deutsche Unfallversicherung im Jahre 1905.

Demjenigen, der sich der Hoffnung hingegeben hat, daß mit der fortschreitenden sozialen Wirksamkeit und der im Dienste derselben stehenden Technik die Zahl der Betriebsunfälle abnehmen müsse, bereiten die alljährlich herausgegebenen Nachweisungen über die Versicherungsresultate der Träger der Unfallversicherung eine stete Enttäuschung. Der Zahl nach weist das Jahr 1905 gegen seine Vorgänger eine Steigerung der Betriebsunfälle auf. Allerdings versteht es sich, daß es nicht zu werden — und wir tun es mit Genugtuung, weil jeder Fortschritt nach dieser Richtung hin zu begrüßen ist — die Steigerung der Unfallzahl ist diesmal nicht mehr so stark wie früher. Während z. B. 1903 auf 1000 Vollarbeiter im Durchschnitt 9,21 unfallmäßig entfallende Unfälle kamen, betrug die Zahl 1904 9,49 und 1905 9,55. Wenn aber auch die Steigerung etwas geringer ist, der erhoffte Zustand ist noch immer nicht da.

Damit ist gleichzeitig auch gesagt, daß die Träger der Unfallversicherung im allgemeinen der Vorbeugung und der Verhütung von Unfällen noch nicht die gebührende Aufmerksamkeit widmen. Neben einer Versicherung gegen die Folgen der Unfälle (Beschränkung der Erwerbsfähigkeit etc.) müßten die Berufsgenossenschaften z. immer mehr und mehr Institute zur Verhütung von Betriebsunfällen sein. Doch sind die meisten derselben von einem durchgreifenden Wirken gänzlich entfernt. Polizeiverordnungen zum Schutze der Arbeiter und papierne Unfallverhütungsvorschriften der Berufsgenossenschaften allein tun es nicht. Was fehlt, das scheint in der Hauptsache eine wirksame Kontrolle zu sein, die unabhängig von den materiellen Interessen der einzelnen Unternehmungen ihren Dienst verrichtet. Gedächtnis dieses, so wäre es wohl kaum möglich, daß z. B. im Bergbau binnen kurzer Zeit die Tage von Neuen, Kleinwieseln und Böllingen kennen könnten.

Für die Beurteilung der gesteigerten Betriebsunfälle kommt noch ein anderer Moment in Betracht: die wirtschaftliche Konjunktur. Die unglücklichste Ausnutzung einer solchen Periode seitens der Industrie und der viel ach vorhandene Arbeitermangel bringen es mit sich, daß an den einzelnen Arbeiter bezüglich der Arbeitsleistung erhöhte Anforderungen gestellt werden. Anreizberei und Ueberstundenweisen haben in Blüte. Damit wird gleichzeitig auch die physische Kraft des Arbeiters geschwächt und den Unfällen Vorschub geleistet.

Der gute Geschäftsgang zog im Jahre 1905 wiederum eine beträchtliche Zahl von Arbeitskräften in die gewerbliche Tätigkeit. Betrug die durchschnittliche Zahl der Unfallversicherten im Jahre 1904 15 376 025 Personen, so stieg diese Zahl im Berichtsjahre auf 20 242 470.

Zur Durchführung der reichsgesetzlichen Unfallversicherung bestanden im Jahre 1905 gewerbliche Berufsgenossenschaften 66 mit 849 Sektionen, landwirtschaftliche Berufsgenossenschaften 48 mit 584 Sektionen, 204 Kreis- und 312 Provinzial- und Kommunalanstalten. Die Zahl der gewerblichen und landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften, sowie deren Sektionen ist gegen das Jahr 1904 dieselbe geblieben. Hinsichtlich der staatlichen Ausführungsbehörden

eine Zunahme von fünf und die provinzialen und kommunalen eine solche von acht auf.

Bei den statistischen Nachweisen über die reichsgesetzliche Unfallversicherung nimmt naturgemäß die Zahl der Unfälle das weitgehendste Interesse in Anspruch. Was eingangs schon gesagt wurde, findet seine Bestätigung in der Tatsache, daß das Jahr 1905 mit insgesamt 609 160 angemeldeten Betriebsunfällen gegenüber dem Jahre 1904 nur 583 963 Betriebsunfälle angemeldet, sodaß auf 1000 Versicherte 29,38 entfielen, so stieg im Jahre 1905 die letztere Verhältniszahl auf 30,09. Den gewerblichen Berufsgenossenschaften allein gingen 414 445 und den landwirtschaftlichen 144 939 Unfallanmeldungen zu. Bei ersteren kommen auf 1000 Versicherte 50,57 Unfälle, bei letzteren 12,95.

Nicht alle Unfälle aber werden seitens der Berufsgenossenschaften entschädigt. Voraussetzung ist einmal, daß erwerbsbeschränkende Folgen des Unfalls über die dreizehnte Woche hinaus vorhanden sind, und daß diese wenigstens 10% der Erwerbsfähigkeit betragen. Eine Statistik hierüber gibt wohl ein Bild von den Leistungen der Versicherungsträger, aber nicht auch von den wirklichen Folgen, die unsere wirtschaftliche Entwicklung der nachteiligen Seite zu für die Lohnarbeiterchaft mit sich brachte.

Aus jenen Unfällen, für die im Jahre 1905 erstmalig eine Entschädigung gezahlt wurde, weisen eine Steigerung auf. Sie betragen 141 121 gegen 137 673 im vorhergehenden Jahre. Unfälle mit tödlichem Ausgang waren 8828 zu verzeichnen gegen 8752 im Jahre 1904. Die Unfälle, welche die völlige und dauernde Erwerbsbeschränkung der Betroffenen zur Folge hatten, verminderten sich gegen das Vorjahr von 1604 auf 1487.

Eines fällt bei der Rechnungsablage der Versicherungsträger auf: die fast von Jahr zu Jahr anwachsende Zahl der Unfälle, die eine völlige und dauernde Erwerbsbeschränkung begründen. Mag dieses einerseits in der Herabsetzung der Unfallverhütungssatzung, welche die Unfälle zu weniger schweren gestalten, einigen Grund haben, so liegt doch bei der nur zu bekannten Praxis der Berufsgenossenschaften der Gedanke nahe, daß man völlige Erwerbsbeschränkung nicht mehr kennen mag und solange der Berufslüde noch lebt, dessen Atomgröße noch einen gewissen Grad von Erwerbsfähigkeit bil en. Betrug so z. B. im Jahre 1887 die Zahl der völlig und dauernd Erwerbsbeschränkten, die einem Unfälle in gewerblichen Betrieben zum Opfer gefallen waren, noch 2827, so fiel diese Zahl bis zum Jahre 1905 weilen aus, daß nur noch 572 Personen als völlig und dauernd erwerbsbeschränkt von den gewerblichen Berufsgenossenschaften anerkannt wurden.

Die Zahl der von tödlich verletzten Personen hinterlassenen Entschädigungsberechtigten, die im Jahre 1905 die erste Rente erhielten, betrug 19 086, davon waren Witwen (Witmer) 6188, Kinder und Entel 12 564, Verwandte aufsteigender Linie 384.

Verpflichtungen gegenüber Verletzten und deren Hinterbliebenen haben die Versicherungsträger naturgemäß auch aus den Vorjahren mit übernehmen müssen. Neben den genannten Unfällen, die im Jahre 1905 erstmalig zu entschädigen waren, liefen noch 742 282 aus früheren Jahren. Die Zahl von einer Million Unfallrenten-Berechtigter dürfte damit in nicht allzuferner Zeit erreicht sein.

Spezialisierte Angaben über die Anwendung der Unfallversicherung zeigen, daß die Berufsgenossenschaft hierfür 1 240 211,32 Mk. angewandt haben. Die Ausführungsbehörden und Versicherungsanstalten gaben an Mitteln zur Unfallverhütung zusammen nur 31 425,26 Mark aus.

Was im vorigen Jahre an dieser Stelle bei Besprechung der Rechnungsergebnisse der Berufsgenossenschaften für das Jahr 1904 schon gesagt wurde, verdient die nachdrücklichste Wiederholung. Nicht nur die Arbeiterschaft hat ein Interesse, daß ihre Gesundheit und ihr Leben geschützt ist. Gegenüber den gewaltigen Zahlen, Einnahmen sowohl wie Ausgaben, nimmt sich die Summe für die Ueberwachung der Betriebe und zur Vermeidung von Unfällen nicht gerade glänzend aus.

Das gewaltige Heer der Unfallinvaliden, die tausende und abertausende von Witwen und Waisen, die ihren Ernährer auf dem Schlachtfelde der Arbeit verloren haben, sie alle rufen: Mehr Arbeiterschutz! Die Zahlen der Unfallstatistik geben zu denken und bilden eine zurecht Anlage für das System der unbeschränkten Prositgter. Sie sind dem deutschen Volke ein Mahner, und solange die relative Zahl der Unfälle nicht andauernd fällt, solange haben die Träger der deutschen reichsgesetzlichen Unfallversicherung, trotz aller Anerkennung der durch die soziale Gesetzgebung Geschaffenen, ihre Mission nicht richtig erfüllt.

Im Reihem des Fortschritts.

Im Geiste laß ich vorüberziehen die im Organ veröffentlichten Berichte der General- u. Jahresversammlungen einzelner Ortsgruppen, sowie ganzer Bezirke. Überall finde ich ein freudiges Echo von Ost nach West, Süd und Nord unseres deutschen Vaterlandes. Fortschritt heißt die Lösung unseres Verbandsstand! Aus tausend freudigen Gesichtern lese ich heu innere Verlebtaung über geleistete Arbeit, über verdienten Erfolg. Und warum sollen wir uns nicht freuen! Betrachten wir, wie vor wenigen Jahren die sichtsvolle Männer das kleine Pflänzlein steckten, die heute zum Meienbaume gewachsen, seine Aeste über ganz Deutschland ausbreitet; betrachten wir die eminenten selbst von unsem Gegnern anerkannten Erfolge in dieser verhältnismäßig kurzen Spanne Zeit, so erfüllt uns freudige Genugtuung, berechtigter Stolz. Wo sind die die vor Jahren nicht müde wurden, uns tot zu schreiben und zu schreiben und tot zu stellen? Das Rad der Zeit ging über sie hinweg, wir nahmen unsern Fortgang trotz fanatischer Feinde, trotz Rörgler und Neidhins und rechts. Wenn für irgend jemand, so gilt für uns der Satz: „Im Kampf ward ich geboren, im Kampf ward ich erzogen, im Kampf will ich mich proben. Und wir haben sie bestanden, diese Proben. Ich will sie nicht aufführen, die vielen Lohnbewegungen, Mahregelungen, Streiks und andere Arbeitsstreitigkeiten; es hieße Eulen nach Athen tragen, wollten wir sie hier alle nochmal aufführen; nur das eine wollen wir uns merken wir haben gekämpft, viel und oft und wir haben gesiegt. Und nun fragen wir uns, wer hat es uns ermöglicht, daß wir heute so befriedigt über das vergangene Jahr sprechen können? Antwort: Die ernste, unermüdete und intensive Arbeit. Die Arbeit stand schon an unserer Wiege Gevatter und so kommt es, daß Tausenden unserer Kollegen die Arbeit für den Verband und Stand zur Gewohnheit geworden ist.

Ein kleines Memento und Gewissensforschung: Hast auch Du mitgeholfen an dieser Werbearbeit? oder standest Du müßig am Wege? O! wie beschämend für Dich, wenn Du nicht mitgearbeitet an diesen herrlichen Gebäude der christl. Gewerkschaftsbewegung! Alle Anerkennung den Tausenden, die im grauen Einerlet der Tage nicht müde wurden, unserer Sache zu dienen. Und derjenige, der für eine so ideale Bewegung, wie sie die christl. Gewerkschaften mit all ihrer Jugendkraft darstellen, arbeitet, findet auch Befriedigung in allem was er schafft. So ist es auch erklärlich, daß unsere Bedanten sich fort wälzen und Tausende durchdringen, die noch nicht zu uns gehören. Und immer lauter muß es durch unsere Reihen schallen und sich fortpflanzen von Ort zu Ort: Arbeitet und werdet nicht müde!

Man kann ja erfreulicher Weise behaupten, daß im letzten Jahre recht viele fleißige Hände sich rührten, um unsere Ideale fortzupflanzen um weitere Kämpfer für unsere Sache zu gewinnen. An dieser Stelle wollen wir diesen Pionieren christlicher Arbeit nochmals danken. Möchte der fleißige Zug, der in unseren Reihen weht, anhalten und diejenigen mitreißen, die bis jetzt das Große, Verehelnde der christlichen Gewerkschaftsideen noch nicht erfasst haben. Es ist ein Zeichen der Zeit, daß selbst einflussreiche und berühmte Männer neuer Zeit sich sehr für unsere Ideen erwärmen. Wir sehen daraus, daß die Hoffnungen, die die Gründer unserer Gewerkschaften beim Schaffen ihres Werkes hegten, zum überaus großen Teil in Erfüllung gegangen sind. Das erfüllt uns mit freudiger Genugtuung, muß uns aber auch zugleich ein Aufsporn sein, denen nach zu ahmen, die weder Zeit noch Mühe scheuen, unsere Ideen hinaus zu tragen in die entferntesten Winkel unseres Vaterlandes.

Die eminenten Erfolge, die die christl. Gewerkschaften und speziell unser Metallarbeiter Verband zu verzeichnen haben, müssen allen Arbeitern mit Vorvernahme zurufen: „Hier ist mein Platz, hier die Stelle, wo meine Interessen vertreten werden. Nicht die hohen, längst widerlegten Phrasen unser Gegener, nicht der Terrorismus gewisser freien „Freiheitsheben“ darf dich abhalten, hier in unseren Reihen zu kämpfen. Die Vergangenheit hat bewiesen, daß trotz aller Hindernisse von links und rechts unsere gerechte Sache unaufhaltsam vorwärts schreitet.

Und dieser Gedanke soll dir neue Kraft, neuen Mut geben, unentwegt weiter zu arbeiten im Sinne unserer christlich nationalen Arbeiterbewegung, die im Zeichen des Fortschritts und des Wachstums steht. In ihr wirst du deinem Stande dienen; Dir und den Deinen zu Nutz und frommen!

E. N. Göppingen.

Zur Arbeitslosen-Zählung.

Die genaue Berichterstattung über die Arbeitslosenfälle seitens vieler Ortsvorstände läßt noch immer sehr viel zu wünschen übrig. Wenn wir auch zugeben können, daß bei manchen älteren Gewerkschaften in diesem Punkte es noch schlechter gestellt ist als in unserem Verbands, so darf dies kein Grund sein, in diesem Schlandrian zu verharren. Wir müssen auf diese statistischen Arbeiten mehr Sorgfalt verwenden, wie seither geschehen ist. Die Kollegen dürfen dieselbe nicht als überflüssige Arbeit oder Last ansehen, der man möglichst aus dem Wege geht, sondern müssen sie mit der größten Genauigkeit und Pünktlichkeit wahrnehmen.

Vor allem soll jedes Mitglied, ganz gleich, ob es unterstützungsberechtigt ist oder nicht, bei Arbeitslosigkeit sich beim Ortsvorstand melden; auch wenn nur einige Tage Arbeitslosigkeit vorliegt. Wenn dies nicht geschieht, kommt sonst ein ganz falsches Bild der Arbeitslosigkeit zutage.

Ebenso soll der Ortsvorstand, das heißt, dasjenige Vorstandsmitglied, Vorsitzender oder Kassierer welches damit betraut ist, alle Fälle sorgsam registrieren und in die von der Zentrale zugesandte Kontrollliste eintragen. Wenn dieses laufend geschieht, wird es jeden Tag kaum einige Minuten Arbeit erfordern. Die viele Arbeit kann also gar nicht in Frage kommen, soviel Zeit bleibt selbst in der Mittagspause noch übrig. Ebenso geht es mit den sonstigen Verbandsarbeiten; wenn sie täglich vorgenommen werden. Erste Grundbedingung ist, Ordnung und System in die Sache bringen. Nicht alles wie Kraut und Rüben durcheinander werfen, und die Arbeit sich nicht Wochen lang anhäufen lassen. Die Angaben, welche nach der Zentrale, seitens der Ortsvorstände zugehen, werden vom Kaiserlich Statistischen Amt bearbeitet, und jedes Quartal im Reichsarbeitsblatt veröffentlicht. Daraus allein können die Mitglieder schon die Wichtigkeit einer solchen Arbeit ersehen, wenn selbst eine Kaiserliche Reichsbehörde sie zum Gegenstand eingehenden Studiums macht. Aber auch Volkswirtschaftler, Nationalökonomien, ja zuletzt die gesetzgebenden Körperschaften selbst werden in ihren Maßnahmen darauf zurückgreifen; besonders in den Fällen, wo es sich um gesetzliche Bestimmungen gegenüber der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit handelt. Sei es nun die Beschränkung der Arbeitszeit, oder staatlicher Arbeitslosenversicherung. Ergibt die Statistik aber durch Nachlässigkeit der Kollegen ein falsches Bild, so nützt sie nicht nur allein nichts, sondern schädigt geradezu die Sache der Arbeiter durch unrichtige Darstellungen der tatsächlichen Verhältnisse.

Zuletzt verlieren die Arbeiter aber auch das Vertrauen der Behörden, die doch an erster Stelle verlangen können, daß die Arbeiter in ihrer eigenen Sache aller Fleiß und Gewissenhaftigkeit anwenden, um ihre Lage zu heben.

Der erste Schritt zur Hebung und Besserstellung der Arbeiterverhältnisse ist die Klarstellung des Arbeitsmarktes. Hieron ist die Erörterung des Arbeitsmarktes einer der wichtigsten Punkte, welche als Grundlage des Ganzen dienen muß. Die Arbeiter werden dadurch auch befähigt, sich mehr und mehr in die Verwaltungsbereiche zu verwickeln, um später auch auf anderen Gebieten Erhebungen zu veranstalten. Ein großer Teil der Mitglieder sind deshalb in solchen Dingen so nachlässig, weil sie den Wert solcher Arbeiten nicht zu schätzen und in ihren Zusammenhängen zu erfassen vermögen. Auch unsere Arbeiterchaft muß sich mehr und mehr daran gewöhnen, daß mit bloßer Fabrikalärmendem Gepolter zuletzt nichts anzufangen ist. Bloßes Schwätzen und Raunereien kann wohl haben, aber keinen urteilsfähigen Männern, die über ihre eigene Lage und Gesicht urteilen wollen, würdig sein. Deshalb ist vorläufige Mitarbeit erste Erfordernis, woran ein geistig höher strebender Arbeiterstand erkannt werden soll.

Wir wollen hoffen, daß diese Anregungen genügen, und die Zentraleitung in Zukunft nicht mehr so viele Reklamationen um Zusendung der statistischen Karten zu erheben notwendig hat. Einerseits erfordert es ungeheuer viel unnütze Arbeit — und überflüssige Kräfte sind an der Zentrale nicht vorhanden, sie haben alle Hände über Kopf zu tun — und andererseits ist es unnütze Geldverwendung. Es verbietet den öffentlichen und schärfsten Tadel, wenn am 22. April, also 18 Tage nach dem festgesetzten Termin noch Karten zur Arbeitslosen-Zählung eintreffen. Diejenigen Ortsvorstände, welche

Zeit wickelt dieses auf einen Vorstand, der solchen Schlandrian verübt und auf eine Mitgliedschaft, die solche Männer an die Spitze ihrer Sache stellen. Es sind Sachen der Mitglieder, Angelegenheiten ihrer eigenen Person, welche die Ortsvorstände vertreten; die Ämter die sie ausüben, erst an zweiter Stelle berühren sie den Verband.

Unter den 20 Ortsgruppen, welche ihre Zahlkarte nicht zur rechten Zeit ein sandten, besteht der weitaus größte Teil aus alten Ortsgruppen. Wenn junge, neu gebildete, noch unerfahrene Ortsgruppen im Rückstande blieben, so wäre es einigermaßen zu entschuldigen. Aber zu deren Ehre darf gesagt werden, daß sie sich meistens einer großen Pünktlichkeit befleißigen, wie sie in der Regel auch die ersten sind, welche ihre Quartalsabrechnungen einreichen.

Wir wollen die Erwartung aussprechen, daß alle Kollegen das Angeführte beherzigen und dazu beitragen, unsern Verband mustergültig auszugestalten, sie werden die darauf verwendete Arbeit hundertfältig belohnt sehen.

Soziale Rechtspflege.

Wo bleibt der Schutz des Koalitionsrechts? muß man sich fragen, wenn man folgende Entscheidungen von Gewerbegerichten liest. In Solingen hatte ein Arbeitgeber mit einem Arbeiter einen Vertrag abgeschlossen, worin der Arbeiter sich verpflichten mußte, keiner Organisation beizutreten. Als dies aber dennoch von dem Arbeiter gescheh, wurde er sofort entlassen und das Gewerbegericht in Solingen bestätigte diese Entlassung als berechtigt. Eine später in Düsseldorf stattgefundene Konferenz von Gewerbegerichts-Vorsitzenden und Sekretären des Rheinlandes hat sich mit der Frage dann ebenfalls beschäftigt und den Standpunkt des Solinger Gewerbegerichts für richtig erklärt. In solchen Fällen werde von den Arbeitgebern das Koalitionsrecht nicht durchbrochen (?) und eine solche Abmachung verstoße auch nicht gegen die guten Sitten. Eine derartige Auslegung wird von den Arbeitern nicht verstanden werden und das Vertrauen in die Objektivität der Gewerbegerichte bedauerlicherweise kaum befestigen können. Derselbe Fall wird jetzt auch aus Berlin gemeldet. Das Berliner Gewerbegericht hat am 9. April fünf Arbeiter der Großmeyerrolle abgewiesen, die auf Herausgabe der Kautionskassette klagten. Diese war ihnen von der genannten Firma eingehalten worden, weil die Arbeiter entgegen einem unterschriebenen Vertrag sich doch einer Organisation angeschlossen hatten. Das Berliner Gewerbegericht hat sich ebenfalls auf den Standpunkt gestellt, daß diese Abmachung nicht gegen die guten Sitten verstoße.

Von andern Gewerbegerichten liegen jedoch in derselben Frage auch direkt entgegengesetzte Entscheidungen vor. So hat das Bremerhäfener Gewerbegericht im Jahre 1903 eine direkt gegenseitige Entscheidung in folgender Weise begründet:

„Dieses durch die Verfassung jedem Staatsangehörigen gewährleistete Recht, einem erlaubten Vereine sich anzuschließen, ist ein staatsbürgerliches Recht, das nur den Grundrätzen des öffentlichen Rechts unterliegt und dem Privatrechtsverkehr, der privatrechtlichen Vereinbarung, schließlich entzogen ist. Ein Verzicht auf dieses Recht ist deshalb mit allen Verabredungen von Rechtsnachteil, die etwa den Beteiligten für den Fall der Nichtbeachtung seines Verzichts treffen sollen, schließlich nichtig, genau so nichtig, wie beispielsweise ein Verzicht des Staatsbürgers auf sein Wahlrecht. Die Folge hiervon ist, daß trotz eines solchen Verzichts der Verzichtende gleichwohl berechtigt ist, Mitglied eines erlaubten Vereins, insbesondere eines erlaubten Zweck verfolgenden Arbeiterverbandes zu werden bzw. zu bleiben. Die Bestimmung in den zwischen den Parteien geschlossenen Verträgen, durch die sich die Kläger verpflichteten, einem Arbeiterverbande nicht anzugehören, ist mithin nichtig.“

Das Urteil des Solinger wie des Berliner Gewerbegerichts zeigen uns, wie wichtig es noch mit dem Koalitionsrecht der deutschen Arbeiter aussieht und wie berechtigt die Forderung der organisierten Arbeiterschaft nach einer gesetzlichen Sicherung des Koalitionsrechts ist.

Schadenersatz für Kontraktbruch.

Bei der jetzt beendeten Generalversammlung der Schneidergehilfen hatten auch die Schneidermeister

in Metz, soweit sie dem Arbeitgeberverbande angehören, dem Beschlusse des Verbandes entsprechend ihre Gesellen ausgesperrt. Letztere klagten auf Grund des Paragraphen 122 der Gewerbeordnung wegen Kontraktbruches auf Schadenersatz. Das Mezer Gewerbegericht gab auch der Klage statt und verurteilte die Beklagten zur Zahlung des entgangenen Arbeitslohnes für 14 Tage sowie zu den Kosten des Verfahrens. Aus der Begründung ist hervorzuheben, daß eine Kündigung unmittelbar hätte stattfinden müssen, was aber von den Beklagten unterlassen wurde. Dadurch sind sie auch für den den Arbeitern entstandenen Schaden verantwortlich zu machen.

In München hat das Einigungsamt des Gewerbegerichts die Aussperrung der Schneidergehilfen ebenfalls als Kontraktbruch der Arbeitgeber erklärt, von einer Verurteilung zu Schadenersatz wurde jedoch nichts gemeldet; jedenfalls, weil die Gesellen keinen Anspruch darauf gemacht haben.

Soziale und gewerkschaftliche Rundschau.

Zum Beschluß des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller

bezüglich der Verhandlungsfrage nimmt die Soziale Praxis (Nr. 28, Jahrg. 16) in anerkennendem Sinne Stellung und schreibt u. a. folgendes:

Wir haben den Beschluß des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller und den Kommentar der Arbeitgeber-Ztg. so ausführlich wiedergegeben, weil diese Vorschläge nach unserer Ansicht tatsächlich einen großen Fortschritt auf dem Wege des Verhandlungsprinzips und des Einigungswesens bedeuten. Sie sind freilich noch kein volles Bekenntnis und keine volle Bekräftigung zur Kollektivverhandlung und noch weniger zum Tarifvertrag. Dazu hätte vor allem die unumwundene Anerkennung der Arbeiterorganisation als verhandlungsberechtigter Korporation gehört. Die hier vorgebrachten Gegengründe scheinen uns nicht stichhaltig; auch im Gesamtverband deutscher Metallindustrieller sind nicht alle Arbeitgeber dieser Industrie vereint, während gerade hier die Arbeiter besonders stark organisiert sind. Und auch die Zersplitterung der Arbeiter in verschiedene Verbände ist nicht auszuwegend; wie für die Vergleiche des Ruhrreviers in der Siebenerkommission hätte sich vielleicht auch für die drei Metallarbeiterverbände ein gemeinsames Koalitionskomitee errichten lassen. Die Scheu vor der Anerkennung der Arbeiterorganisation kann unter Umständen andere Nachteile zeitigen, wie z. B. Konkurrenz und Zwietracht unter den verschiedenen Arbeiterverbänden, die vielleicht einmal auch dem Arbeitgeberverband nützen, in den meisten Fällen aber dem Verhandlungs- und Einigungszweck Schaden werden. Aber wir müssen mit den vollzogenen Tatsachen rechnen, und wenn auch der Vorschlag des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller nach unserer Ueberzeugung, noch nicht sich zu vollem Entschlusse durchgerungen hat, so sehen wir doch in ihm einen höchst bedeutsamen und höchst erfreulichen Fortschritt. Wir wünschen dringend, daß die Arbeiterorganisationen auf diesen Boden treten. Ist hier erst einmal eine Verständigung erreicht, so wird die werbende Kraft des Verhandlungs- und Einigungswesens ganz von selbst seine Wirkung üben und weiterführen.“

Die Arbeitgeber-Zeitung (Nr. 16) sieht sich gezwungen, ihre Ausführungen der vorhergehenden Nummer wesentlich einzuschränken und wieder recht weit zurückzuführen. Sie teilt nämlich mit, daß ihre Auslegung des erwähnten Beschlusses nicht von allen Mitgliedern des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller geteilt würde. Von einem Zwang, hinfort in keine Verhandlungen ohne Hinzuziehung eines Beraters einzutreten, könne keine Rede sein. Die Zulassung dieser Berater sei jedem Industriellen freigestellt und dem Ermessen der Bezirksverbände anheimgestellt, „so vorzugehen, wie sie es in jedem einzelnen Falle für zweckentsprechend halten.“ Damit haben die Sachmacher doch wieder freie Bahn und wozu die Metallindustriellen am 20. März den erwähnten Beschluß einstimmig gefaßt haben, wird vielen ein Rätsel sein. Zwei Schritt vorwärts, anderthalben Schritt zurück.

Eine Reform des Vereins- und Vert.-mündungs-Rechts

scheint nun doch endlich auch in Regierungskreisen ernstlich in Frage gezogen zu werden. In der

regierung vom 11. April d. J. hat der Staatssekretär des Innern Graf Posadowski die Mitteilung gemacht, daß er mit der Ausarbeitung eines diesbezüglichen Gesetzentwurfes beschäftigt sei. Er betonte in diesem Zusammenhang, daß es nach der einschlägigen Ablehnung des im vorigen Herbst eingebrachten Gesetzentwurfes über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine jetzt zweckmäßiger erscheine, die Reform des vereinfachten Vereins- und Versammlungsrechts zuerst vorzunehmen. Damit werden die Arbeiter nicht unzufrieden zu sein brauchen. Nur hoffen sie, daß die Reform der Vereinsgesetzgebung in wirklich freiheitlichem Sinne geschaffen wird und daß nicht derartig unglückliche und gefährliche Vorkläge aus dem Schoß der Regierung heraus das Licht der Welt erblicken, wie es die Vorlage über die Berufsvereine leider gewesen ist.

Gründerperiode der „Gelben“ Gewerkschaften

wird die Gegenwart später jedenfalls einmal genannt werden. An allen Ecken und Enden finden sich „Arbeiterfreunde“ und kapitalistische Handlanger, die das Bedürfnis verspüren, „Gelbe“ Streikbrecher Organisationen in ein unnatürliches Leben zu rufen. Jetzt werden aus Bromberg derartige Bestrebungen gemeldet. Leider sind hier die treibenden Kräfte in leitenden Kreisen der evangelischen Arbeitervereine zu suchen. Der Vorsitzende des evangelischen Arbeitervereins von Bromberg und Umgebung, der früher die christlichen Gewerkschaften befürwortete, hat plötzlich eine Schwemlung gemacht und sucht jetzt Gelbe Streikbrecher Gilden zu protestieren. Der Grund wird wohl darin zu suchen sein, daß der betreffende Herr wie noch viele seiner Gesinnungsgenossen die christlichen Gewerkschaften als Sammelpunkt für politische Stimmvieh betrachtet haben und bei der letzten Reichstagswahl eine kleine Enttäuschung erleben mußten. Auf solche „Freunde“ verzichten die christlichen Gewerkschaften nachher, wie wir auch entschieden auf solche Mitglieder verzichten, welche die Gewerkschaften nur als Steigbügel zu politischen Strebereien benutzen möchten. Doch zur Sache zurück nach Bromberg. Weil die katholischen Mitglieder der christlichen Gewerkschaften bei der Reichstagswahl eine eigene politische Meinung für sich beanspruchten und sich nicht willenlos als Stimmvieh benutzen ließen, deshalb ist der Vorsitzende der evang. Arb. V. Brombergs, Herr Pfarrer Teichert jetzt plötzlich ein Freund der Gelben und anderer „königstreuen“ Gewerkschaften geworden. In dem von ihm herausgegebenen Organ der evano. Arbeitervereine, „Norddeutsche Arbeiterzeitung“ Nr. 8 wird in einem langen Artikel für die Streikbrechervereine eine Stimmung gemacht. Da heißt es, von wenig Sachkenntnis getrieben:

„Es ist sicher anzunehmen, daß diese soeben deutlichen gelben Gewerkschaften sich nach französischen Muster weiterentwickeln werden, und es ist gar nicht zu leugnen, daß sie eine Zukunft haben werden. Was dem deutschen Arbeiter an diesen Gewerkschaften vor allem zu sagen dürfte, ist der verhältnismäßig geringe Beitrag, den sie erheben. Denn sie brauchen ja nicht wie alle übrigen Gewerkschaften, Gelder für die Durchführung von Streiks, die bekanntlich Unsummen verschlingen, anzusammeln. Sodann kommt jede Beitragsleistung dem Arbeiter selbst zu gute. Jeder gezahlte Groschen bringt ihm Nutzen.“

Dieser gewerkschaftliche Widerstand bedarf keiner ernstlichen Widerlegung. Wie aber will Herr Teichert den Standpunkt der Gelben, die jeden Streik verwerfen, überhaupt feigen können, mit seinen eigenen Worten verhandeln. Gelegentlich des Döschlerstreiks richtete Herr Teichert in der Bromberger Tagespresse vom 10. April d. J. an die Arbeitgeber einen offenen Brief, um sie zu Verhandlungen mit den streikenden Döschlergehälfen zu bewegen. In diesem Schreiben heißt es wörtlich:

„Ich erlaube mir zugleich, freundlicher Erwägung anheimzugeben, daß die Döschlergehälfen zu einer für sie selbst äußerst ungunstigen Zeit — es herrscht jetzt sogenannte Stille in Ihrem Gewerbe — in den Streik getreten sind und daß offenbar nicht Mutwillen, sondern die herrschende Not sie zu diesem bedauerlichen Schritte veranlaßt hat. Und die Not ist hier in der Tat groß. Seit ca. einem Jahre in Folge der allgemeinen Verteuerung sämtlicher Lebensmittel bestehend, ist sie durch den anhaltend schweren Winter doppelt bedrückend geworden.“

Wenn die Not vieler Arbeiter „in der Tat groß“ und durch die Verteuerung „doppelt bedrückend“ geworden ist und die Arbeiterforderungen „sannoch von den Arbeitgebern proha abgelehnt werden, wie will dann Herr Teichert diesen notleidenden Arbeitern mit Gelden Gewerkschaften helfen, die sich selbst des Rechts der Notwehr, nämlich des Streikrechts beraubt haben. Schon

daraus können alle Arbeiter ersehen, von welcher Sorte „Arbeiterfreunde“ die Protektoren der Arbeitswilligenvereine sind.

In derselben Nummer jenes Organs bringt Herr Teichert auch einen stimmungsvollen Artikel unter dem Titel „Die königstreue Arbeiterbewegung“, der eine Industrieorganisation im rheinisch westfälischen preussischen Arbeiter — genannt: Verband ost- und west-alle andern seiner Gesinnungsart richtig weitere Zerplünderungsarbeit treiben. Die christliche Gewerkschaftsbewegung wird deshalb doch ihren Sitzeszug weiter verfolgen. Allen Leuten aber, die nur deshalb die christlichen Gewerkschaften gern sehen, weil sie als Sturmbock gegen die Sozialdemokraten gut genug erscheinen und besonders jenen unklaren Köpfen, die in dem Wahn besessenen sind, mit den christlichen Gewerkschaften politische Geschäfte machen zu können, denen sagen wir kategorisch: Hände weg. Hilft das nicht, dann werden wir ihnen rückwärts darauf klopfen, denn die christlichorganisierten Arbeiter sind mündig und lassen sich auch nicht von salbungsvollen „Freunden“ als „Stimmvieh“ oder zu sonstigen hinterlistigen Zwecken mißbrauchen.

Es war wieder mal nichts.

Vor einiger Zeit jubelte die gesamte sozialdemokratische Presse über einen angeblichen „christlichen Terrorismusfall“, der sich in Hildesheim ereignet haben sollte. Ein Tischler Kraft, Mitglied des christlichen Holzarbeiter-Verbandes, sei zu 25 Mark Geldstrafe verurteilt worden, weil er einen Mitarbeiter mit Namen Wagner schwer mißhandelt hatte, der sich geweigert hätte, dem christlichen Verband beizutreten. Mit den üblichen Kraft- und Schlagworten wurde diese Angelegenheit dann gegen die christlichen Organisationen und zur Entschuldigung der sozialdemokratischen Gewaltherrschaft breitgetrieben. Die Herren Genossen haben aber zu früh jubelt. Die Sache liegt ganz anders und ist alles andere als ein christlicher Terrorismus. Eine Klarstellung hat ergeben, daß nach einem rein persönlichen Streit im Winter von 1905 auf 1906 zwischen Wagner und Kraft, wozu Wagner die Veranlassung gegeben hatte, Kraft von letzterem bei dem Obermeister Herold denunziert wurde, daß es Verhandlungsmittel sei und auch ihn (Wagner) in den Verband habe bringen wollen. Kraft erhielt daraufhin die Kündigung, da der genannte Obermeister keine Organisation dulden wollte. Darauf, also im Frühjahr 1906, trat Kraft aus dem christlichen Holzarbeiterverband aus. Wagner soll nun den Kraft auch später noch beim Begegnen auf der Straße durch Zurufe belästigt haben, so auch am 10. November 1906, indem er ihm Gauner zugerufen haben soll. Daraufhin sei er von Kraft mißhandelt worden. Letzterer bestreitet dies, aber was auch geschehen sein mag, was hat die christliche Gewerkschaft damit zu tun? Kraft war über dreieinhalb Jahre kein Mitglied mehr, also konnte es sich nur um rein persönliche Dinge handeln.

Die sozialdemokratische Presse versucht nun durch Verbindung der Entlassung, die nur auf Grund einer Denunzierung, hin erfolgte, und des bereits ein Jahr später liegenden Vorfalles die Sache so darzustellen, als ob es sich um einen christlichen Terrorismusfall handle. Das beweist, wie sehr man suchen und die gewagtesten Kombinationen herstellen muß, um die eigenen Brutalitäten und Schandtaten auf diesem Gebiet zu verdecken. Der Richter hob in der Urteilsbegründung ausdrücklich hervor, daß es sich um rein persönliche Dinge gehandelt habe und sei es zu bedauern, daß Kraft hierdurch seine Stellung verloren hat. Das ist die sozialdemokratische Schauermaid in ihrer wahren Gestalt.

Von dem angeblichen „christl. Terrorismus“ bleibt also nichts weiter übrig, als ein sozialdemokratisches Schwindelnummer.

Sirich-Dunersche Skandalaffäre.

In der öffentlichen christlichen Gewerkschaftsversammlung am 24. März in Kirchen a. d. Sieg, über welche unser Organ schon berichtete, wurde der H.-D. Agitator Sander aus Bingsl mit seinen haltlosen Verdächtigungen der christlichen Gewerkschaften arg in die Enge getrieben und schließlich einer plumpen Unwahrheit überführt. Er behauptete nämlich, die christlichen Gewerkschaften hätten bei der letzten Reichstags-Wahl für die Sozialdemokraten agitiert und gestimmt. Als Sander dann aufgefordert wurde, den Beweis für diese Behauptung zu erbringen, da wurde es

ihm schon ziemlich schwer zu Mute. Immer mehr in die Enge getrieben, suchte er die erste Lüge durch eine zweite, noch plumpere, zu verdecken. Da stammelte er: „Die kölnische Volkszeitung, dieses führende Zentrumsorgan, habe es in der Nr. 121 selbst geschrieben und dann müsse es auch wahr sein.“ Kollege Bergmann erklärte diese neue Behauptung für eine dreiste Unwahrheit, wenn nicht bewusste Fälschung und verlangte die Verlesung des betr. Artikels der köln. Volksztg., in welches Verlangen die Versammlung stürmisch einstimmte. Doch Herr Sander hatte nicht so viel Anstands- und Ehrlichkeitsgefühl und auch nicht den Mut, den Artikel zu verlesen. Mit nichtsagenden Verlegenheitsausflüchten entzog er sich dieser für einen ehrlichen Menschen ganz selbstverständlichen Pflicht. Hätte er den betr. Artikel vorgelesen, dann hätte er sich selbst das Urteil gesprochen, denn nicht eine Silbe stand darin, womit Herr Sander seine Behauptung rechtfertigen, viel weniger beweisen könnte. Er war als Lügner und Fälscher auf frischer Tat überführt und die Zurufe, „Fälscher“ — „Feigling“ — usw., die ihm aus der Versammlung entgegen schallten, bewiesen ihm den Eindruck, den seine Entlarvung hervorgerufen hatte. Selbst die H.-D. Anhänger waren von diesem Ausgang peinlich überrascht und ganz verblüfft. Wie ein beim Diebstahl ertappter und geohrteigter Schulbube zog Herr Sander mit seinen Getreuen von dannen.

Aus Wut über diese selbst verschuldete Blamage und Entlarvung und um Rache für Kircher zu nehmen, bringt der Regulator (Nr. 16) einen (zweifellos von Sander herrührenden) Artikel, betitelt: „Christliches aus Kirchen“, der von faustbiden Unwahrheiten und persönlichen Verunglimpfungen geradezu strotzt. Kollege Bergmann soll die H.-D. Gewerksvereine in seinem Referat „angepöbelt“ einen „Vortrag voll roher Angriffe“ gehalten, die Versammlung mit dem Märchen von den religionslosen Gewerksvereinen „angeekelt“ haben; „er log und schimpfte drauf los, daß sich die Wallen hogen.“ Dann läßt der Artikelschreiber des Regulator wörtlich weiter:

„Nachdem er mit seinen ihm nachgewiesenen, wissenschaftlichen Fälschungen und Verdrehungen fertig geworden war, nahm er die katholischen Fachabteilungen vor, und, o sonderbare Logik! hier kam er mit seiner christlichen Weltanschauung in Konflikt, in welchem Ton fiel er über die katholischen Geistlichen her, indem er sie bezichtigte: die katholischen Arbeiter nur deshalb in die Fachabteilungen gedrängt zu haben, um sie desto besser in der Dummheit zu halten und am Glanzbande führen zu können. Wir als Gewerksvereiner haben gewiß keine Ursache uns als Beschützer der Fachabteilungen aufzuwerfen, das mügen dieselben selbst besorgen, für uns ist es ein Rätsel, wie er diese gemeine Agitation und ordinäre Handlungsweise mit seiner christlich-nationalen Weltanschauung vereinbaren kann. Es gehört doch gewiß schon eine ziemliche Portion Dummheit und vernachlässigte Erziehung dazu, die eigenen Geistlichen als Volksverderber und -bedürer hinzustellen, um auf diese rabiate Weise sein Ziel zu erreichen nach dem Grundsatz: Willst du nicht mein Bruder sein, so schlag ich dir den Schädel ein. Nachdem er mit seinem erbärmlichen Geschäft fertig war, sprach als erster Diskussionsredner unser Kollege Sander, als wenn mit einer Peitsche zwischen eine Herde Vorstenvieh gehauen würde, so brüllten und grunzten die paar Gegner.“

Wohl selten ist in wenigen Zeilen so plump und wider besseres Wissen gelogen und geschwindelt worden, als es hier von dem Scribenten des Regulator geschieht. Die persönlich gehässigen Beschimpfungen und Beleidigungen der christlichen Arbeiter wird man bei der Geistesarmut dieses traurigen Menschen schon eher erklärlich finden können. Von dem ganzen Lügen- und Schimpferguss sei nur der unerschämteste Schwindel herausgegriffen und richtiggestellt, um daran die Wahrheitsliebe des H.-D. Artikelschreibers zu dokumentieren.

Es ist eine plumpe Fälschung und ausgemacht jene freche Lüge, daß B. „in welchem Ton über die katholischen Geistlichen hergefallen“ sei. Im Gegenteil; er hat die katholischen Geistlichen gegenüber einer wegwerfenden Äußerung des Herrn Sander, der im echt sozialdem. Jargon von den „Kaplänen“ redete, sowie im allgemeinen auch gegen die landläufigen Vorwürfe der Sozialdemokraten, ganz energisch in Schutz genommen. Damit fällt die weitere unglaubliche dreiste Lüge in dem H.-D. Artikel, B. habe „die eigenen Geistlichen als Volksverderber

mer und "Geförer" hingestellt, in sich selbst zusammen. Leute, die sich solche Lügen aus den Fingern saugen und in die Öffentlichkeit setzen, und ein Organ, das derartigen Sachen unbeschadet seine Spalten öffnet, schreiben aus der Reihe der ernst zu nehmenden und ehrlichen Gegner aus, sie richten sich selbst. Aus diesem einzig hier richtig gestellten Punkt kann man die Glaubwürdigkeit des ganzen Lügenberichts abmessen. Väterlich macht sich der H.-D. Stübent bei seinen eigenen Anhängern im Siegerland mit seiner Schlussbemerkung, nach dieser Niederlage würden es sich die Gegner (die Christlichen) überlegen, nochmals mit den H.-D. anzubinden. Das ist starker Tabak! Ein Mann, der in öffentlicher Versammlung die denkbar schwerste Niederlage erleidet, der einer plumpen Unwahrheit überführt und als Lügner öffentlich bloßgestellt wird und wie ein begossener Fudel von dannen schleicht, dem kann man natürlich auch die Dreistigkeit zutrauen, dann noch von einer Niederlage der Gegner zu faszeln. Wenn es Herrn Sander nach einer weiteren moralischen Hinrichtung gelüftet, vorausgesetzt, daß er nach seiner Entlarvung überhaupt noch den Mut besitzt, öffentlich aufzutreten, wir sind bereit!

Allerdings werden sich die christlichen Arbeiter des Siegerlandes wie allerorts die Frage vorzulegen haben, ob sie solchen Leuten, die als Lügner überführt und öffentlich gebrandmarkt sind, und die dann noch den traurigen Mut besitzen, die christlichen Arbeiter in verlogenen Berichten zu beschimpfen und zu verleumden, überhaupt noch den Zutritt zu ihren Versammlungen gestatten können?

Die chronische Mitgliederflucht, sogar Auflösung ganzer H.-D. Ortsvereine im Siegerland, strafen sein konfusel Geschreibsel ja selbst Lügen. Soll doch auch der H.-D. Ortsverein in Kirchen mehr wie um die Hälfte zusammengeschrumpft sein. Die Entlarvung Sanders als Schwindler hat das Ihrige dazu getan. Also nur weiter so! Die Siegerländer Metall- und Gürtelarbeiter sehen eben mit jedem Tage mehr ein, daß ihr Platz nur im christlichen Metallarbeiterverband sein kann.

Soziale Wahlen.

In Sramberg fanden am 5. April die Gewerbegerichtswahlen statt und zwar nach dem System der Verhältniswahl mit gebundenen Listen. Die christlichen Gewerkschaften und der katholische Arbeiter- und Gesellenverein gingen zusammen, während der evangelische Arbeiterverein sich absonderte und mit den Unorganisierten liebäugelte. Von den Hirsch-Dunderschen ging auf unsern Vorschlag zum gemeinsamen Vorgehen keine Antwort ein, sie stellten dann später eine eigene Liste auf. Seitens der Sozialdemokraten wurde mit den gefährlichsten Mitteln operiert, selbst vor persönlichen Verunglimpfungen nicht zurück. Trotzdem schmitt unsere christliche Liste verhältnismäßig gut ab. Auf unsere Kandidaten entfielen 378, auf die sozialdemokratischen 493, Hirsch-Dunder 141 und auf den evang. Arbeiterverein 80 Stimmen. Die christlichen Arbeiter erhalten 3 Beisitzer, die Sozialdemokraten 5 und die Hirsch-D. 1 Beisitzer, während der evangelische Arbeiterverein mit seiner Eigenbrödelei leer ausging. Hätten wir 4 Stimmen mehr aufgebracht, dann hätten wir einen Beisitzer mehr und die Sozi einen weniger bekommen. Daran ersieht man wohl, daß oft viel von einigen Stimmen abhängt. Die christliche Arbeiterchaft von Sramberg, aber muß aus dieser Wahl die Lehre ziehen, in Zukunft noch viel planmäßiger und energischer zu arbeiten.

Streits und Lohnbewegungen.

Mannheim. Das Sprüchwort: Durch Schaden wird man klug, hat anscheinend für die verantwortlichen Führer des deutschen (sozialb.) Metallarbeiterverbandes keine Geltung. Trotzdem sie infolge ihres einseitigen Vorgehens bei allen größeren Lohnbewegungen Niederlagen auf Niederlagen gehäuft und Tausenden von Arbeitern schwere Wunden geschlagen haben, wird dieses arbeiter-schädigende und zersplitternde Spiel fortgesetzt. Jetzt hat der sozialdemokratische Metallarbeiterverband hier in Mannheim und einer weiteren Reihe von Städten Mittel- und Süddeutschlands eine Bewegung zur Erzielung der neunstündigen Arbeitszeit inszeniert und die übrigen, gerade in diesem Gebiet stark vertretenen Organisationen wieder vollständig ignoriert. Daß eine derartige Taktik, diese mit Absicht herbeigeführte Zersplitterung der Arbeiter und provozierte Uneinigkeit derselben nur zum Nutzen

des Unternehmertums ist, das ist jedem halbwegs denkfähigen Menschen ohne weiteres klar. Welch unberechenbarer Schaden durch diese Propaganda der sozialb. Führer schon den Arbeitern entstanden ist, das hat mehr wie zur Genüge die im vorigen Jahr vom „freien“ Verband inszenierte und gänzlich im Sand verlaufene Formerbewegung gezeigt. An Streikunterstützung wurden mehr wie ein und dreiviertel Millionen Mark verpulvert, die Verbandskasse bankrott gemacht, die Mitglieder mußten ein Vierteljahr lang wöchentlich 75 und 85 Pfg. Beitrag zahlen — und für die Formier und Gießereiarbeiter war gar nichts erreicht. Sie hatten sich nur verblüht und waren wehlosler wie vorher. Und wie ging es mit dem unter so großem Lautam begonnenen Kampf in der bayerischen Metallindustrie vor zwei Jahren? Auch hier wurden die anderen Organisationen brüsk zurückgewiesen, als sie sich zum gemeinsamen Vorgehen anboten, sie — die Sozi — machten es allein. Und sie haben es allein gemacht; eine schmachvolle Niederlage erlitten und dabei als ihre ureigenste Rückung und größtes Verdienst die Augsburgsberger „Arbeit Gewerkschaften“ auf dem Kampffeld zurückgelassen. Im ersten Stadium des Kampfes verlangten die Metallindustriellen die bedingungslose Unterwerfung. Da wurde die Verbandsleitung des christl. Metallarb. Verbandes beim bayerischen Ministerpräsidenten vorstellig, um eine Vermittlung der bayerischen Regierung zu veranlassen. Das ist denn auch geschehen und erst dadurch haben sich die Unternehmer zu Verhandlungen bereit erklärt. Diese brachten aber den Arbeitern auch nur das, was ihnen auch ohne Kampf schon zugefugt war. Hier hat sich drastisch gezeigt, welchen ganz anderen Eindruck eine Bewegung machen würde, wenn die Organisationen gemeinsam vorgehen würden. Und welche elende Niederlage holte sich der freie Verband noch kürzlich bei dem Kampf in der Nähmaschinenfabrik Kaiser in Kaiserlautern; einzig und allein aber aus dem Grund, weil er in seiner mitgliederhungrigen Verblendung die anderen Organisationen beiseite schieben wollte.

Vor einigen Wochen machte die rote Zeitung in München auch einen Vorstoß mit der Forderung der neunstündigen Arbeitszeit. Die Metallindustriellen lehnten ab und seitdem ist über allen roten Wipfeln Ruh. Selbst die Metallarbeiter-Zeitung hat über dieser glorreichen Aktion die Sprache verloren. Nunmehr soll der mitteldeutsche Bezirk das Versuchsfeld sein, um die roten Mit- und Nachläufer bei der Stange zu halten und den immer vorhandenen Mitgliederhunger zu stillen. Die übrigen Organisationen sind für die großen Strategen des „freien“ Verbandes gar nicht vorhanden, oder nur soweit, um sie zu verdächtigen und zu beschimpfen. Nachher aber, wenn der Karren gründlich im Dreck sitzt, dann sind auch die Christlichen und Hirsch-D. Verbände gut genug, um mitzutun und ihnen aus der Patsche zu helfen. Weigern sie sich aber, den Nachläufer und Helfer in der Not zu spielen, dann schreit man mit vollen Baden und in allen Tonarten über die christlichen Streikbrecher, Arbeiterverräter, Unternehmertwabanten und wie die Schläger aus dem roten Schimpfwörterlexikon alle heißen. Angeichts dieser bedauerlichen Erscheinungen sollte auch der letzte christlich gesinnte Metallarbeiter aufgeweckt und in seine Organisation, den christlichen Metallarbeiterverband, hineingetrieben werden. Die Arbeiter in der Allgemeinheit haben allerdings den Schaden zu tragen; sie müssen insgesamt die Rede für diese arbeiterzersplitternde Propaganda der sozialdemokratischen Führer bezahlen. Deshalb sollte man auch annehmen, daß sich alle ehrlich denkenden Mitglieder des freien Verbandes ganz energisch gegen diese allein gewerkschaftlichen Grundfragen höhnsprechenden Äußerungen ihrer Leitung auflehnen würden. Denn sie haben doch ebenso darunter zu leiden und zu bluten wie auch die übrigen Arbeiter.

Für die Mitglieder unseres Verbandes aber ergibt sich daraus mehr denn je die Pflicht, stets die strengste Disziplin an den Tag zu legen und mit allen Kräften für den Ausbau des Verbandes tätig zu sein. Denn nur auf diesem Wege werden wir den sozialdemokratischen Arbeiterzersplitterern ihr Handwerk legen können.

Solingen. Ueber den bei der Firma Hammesfahr ausgebrochenen Kampf und dessen Ursachen haben wir in Nr. 12 unseres Organs schon berichtet. Das Wort Napoleons: „ich liebe den Verrat und hasse den Verräter“, hat sich hier am sozialdemokratischen Metallarbeiterverband wieder erfüllt. Den Herren Sandler und Genossen ist jetzt für ihre Sandlangerdienste vom Solinger Industriekönig der wohlver-

diente Austritt zu teil geworden. Damals bemühte Hammesfahr den deutschen (sozialb.) Met.-Verb. als Klausbrecher gegen die Lokalgewerkschaften; heute wirkt er die sozialb. Geschäftsführer Pawlowitsch, Sandler usw. ebenso zur Tür hinaus, wie damals die Führer der Fachvereine. Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan und kann gehen. Hammesfahr kannte die Schwäche des „freien“ Verbandes und hat den Kampf gewollt. Eine Maßregelung erfolgte nach der andern. Da beschloßen die sozialdemokratischen Mitglieder, sofort die Arbeit niederzulegen. So wurde ohne Kündigung in den Ausstand getreten. Hammesfahr beantwortete diesen Kontrollbruch mit einer Aussperrung sämtlicher organisierter Arbeiter. Folgender Revers wurde jedem Arbeiter zum Unterzeichnen vorgelegt: „Unterzeichneter erklärt hiermit unter Zeugen, daß er keiner Organisation angehört. Während der Zeit, daß er bei mir beschäftigt, sich keiner Organisation anschließen, noch für eine agitieren will.“ N. N. Jeder Arbeiter, welcher diesen Revers nicht unterzeichnete, erhielt die Kündigung. Auch unsere Kollegen wurden ausgesperrt, weil sie ihr Koalitionsrecht nicht preisgeben wollten. Bezeichnend ist, daß mehrere Mitglieder des sozialb. Metallarbeiterverbandes ihre Organisation verleugneten und zwar auf Anraten der Führer. 500 Arbeiter liegen bereits vier Wochen auf der Strafe. Bis jetzt kann noch kein Urteil über den Ausgang des Streiks gefällt werden. Wer ist nun Schuld an diesem Kampf, der so manchen Arbeiter schwere Opfer kostet? Klein der deutsche Metallarbeiterverband, der sich zurückgezogen hatte, als am 25. Mai 1905 der Generalstreik mit neunzehntel Mehrheit beschlossen worden war, wie Genosse Went in einer Versammlung am 13. März 1907 sich äußerte. Hätte damals der soz. Metallarbeiterverband ehrlich gehandelt, dann wäre es möglich, ja sicher gewesen, daß der Solinger Industriekönig sich hätte ergeben müssen, weil damals eine geschlossene Arbeiterchaft da stand, was heute nicht der Fall ist. Denn die sog. Lokalvereine sehen dem Kampfe schmunzelnd zu. Interessant ist ja auch die Tatsache, daß sich die sozialb. Metallarbeiter-Zeitung bis jetzt über diesen Kampf vollständig ausgeschwiegen hat. Nicht einmal im Sperrvermerk ist der Name des Warenpaters Hammesfahr zu finden. Das läßt tief blicken, würde Sabor sagen.

Möge die christl.-nationale Arbeiterchaft einsehen, daß nur durch Stärkung des christl.-sozialen Metallarbeiterverbandes derartige traurige Erscheinungen unmöglich gemacht werden. P. W.

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluss ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzulegen; andernfalls fällt die Warnung vor dem Bezug fort.

Rath bei Düsseldorf. In der Decherei bei der Firma Sad Lohnifferenzen ausgebrochen.

Solingen. Die Firma Hammesfahr hat ihre Arbeiter ausgesperrt, auch die Mitglieder unseres Verbandes.

Magdeburg-Buckau. In der Maschinenfabrik Buckau A.-G. (vorm. Köhlig & König) sind die Kesselschmiede, Rieter und Stemmer in den Ausstand getreten.

Doermund. Bei der Firma Heymer Differenzen wegen Maßregelungen.

Offenbach. Tarifbewegung in der Maschinenindustrie.

Zugung ist fernzuhalten.

Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im Voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 28. April der achtzehnte Wochen-Beitrag für die Zeit vom 28. April bis 5. Mai 1907 fällig.

Die Sammlungen für die ausgesperrten Kollegen sind überall möglichst zu beschleunigen. Ein Schneidentempo darf es bei solchen Anlässen nicht geben. Jede Ortsgruppe soll eine Ekre darin erblicken, eine der ersten zu sein. Die Gelder sind ratenweise, also während die Sammlungen noch fortgesetzt werden, an die Adresse des Kollegen Stegerwald, Köln, Palmstr. 14 zu senden. Kollegen, zeigt eure sonst oft erprobte Opferwilligkeit! Wer schnell gibt, gibt doppelt.

Die Ortsgruppe Solingen und Berlin-Ober-Schöneweide erhalten hiermit die Genehmigung zur Erhebung eines Lokalbeitrages von 10 Pfg. wöchentlich. — Die Ortsgruppen Lethmathe und Beer zur Erhebung eines solchen von 5 Pfg. wöchentlich.

Die Nichtbezahler dieser Extrabeiträge hat die Entziehung statutarischer Rechte zur Folge.

Die Mitglieder Franz Trapp, Buch Nr. 64 506 und Eduard Englert, Buch Nr. 21954 sind wegen unkollegialen Verhalten und Schädigung des Verbandes aus dem Verband ausgeschlossen auf Antrag der Ortsgruppe Schweinfurt.

Verächtigung. Zu dem Ausschluß eines Mitgliedes in Nr. 14 vom 6. April soll es nicht Rombach sondern Kambach heißen.

Aus dem Verbandsgebiet.

Schwerte. Gleich einer Spinne, die immer und immer wieder, trotz Reizens des Gewebes versucht, in die Höhe zu kommen, arbeiten auch die christlichen Metallarbeiter von Schwerte daran, die christliche Organisation auf die Höhe zu bringen. Mehrere Male schon ist in Schwerte das Samenkorn ausgestreut worden, aber immer wieder scheiterte die Sache an verschiedenen Umständen. Daß auch die Schwertler christlichen Kollegen sich organisieren müssen, werden sie doch am besten an der starken Mitgliederzahl der agnerischen Organisationen erleben. Auch sind in Schwerte noch recht traurige Arbeitsverhältnisse. So arbeitete auf einem kleinen Werke ein Arbeiter 63 Jahre, der Arbeiter wurde krank, feierte eine geraume Zeit und wird — entlassen!!! Grund? Der Mohr hat keine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen. Metallarbeiter von Schwerte! Macht auf! Schließt auch den christlichen Metallarbeiterverband an.

Schw. Gmünd. Vor einiger Zeit machte das Organ des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes die Ankündigung, einmal in einer späteren Nummer über den Terrorismus der „höhen“ Christlichen in Gmünd zu berichten. Lange hat gedauert, bis anscheinend das Berichtsmaterial geerntet und zusammengeliefert war. In Nr. 13 der Metallarbeiterzeitung rücken die Genossen endlich damit heraus, aber mager, sehr mager sieht es aus. Daß der Gefekkenverein den Gehilfen organisiert sind auszuwickeln, kann ihm niemand verargen; denn sozialdemokratisch organisiert und zuletzt Mitglied des kath. Gesellenvereins sein, das ist ein Unbiling. Wenn der kath. Gesellenverein von der Wichtigkeit seines Beschlusses noch nicht ganz überzeugt wäre, dann würde der betr. Artikel in Nr. 13 der Metallarbeiterzeitung es ihm zur Genüge beweisen, wo in höhnischer und trivialer Weise die kath. Geistlichen als „Ortsprästen“ tituliert werden. Daß ein lat. oltischer Verein seine Mitglieder in einem solchen Verband, dessen Organ die Geistlichen so klobig beschimpft, nicht duldet, ist selbstverständlich und kann nur von konfuseu Metallgenossen als „christlicher Terrorismus“ bezeichnet werden. Im übrigen vertragen sich doch „Christentum und Sozialismus“ nach Kiesel „Wie Feuer und Wasser.“

Den Beweis der „gemeingefährlichen Agitation“ unsererseits gegen den sozialdemokratischen Metallarbeiterverband ist jedoch damit nicht erbracht, daß man nach Grund und Ursachen der Uebertritt e sucht. Wenn aber derartige Traktatchen aufgesetzt werden, wie sie der Artikel in Nr. 13 aufweist, so dokumentiert uns das zur Genüge, daß der „rote Metallarbeiterverband“ in Gmünd sich an heimlich in einer recht verzweifelter Lage befindet. Die angeführte „Manipulation“ ist lediglich auf ein Verleihen zurückzuführen und es wurde unsererseits sofort, als der Irrtum aufgedeckt wurde, die Sache richtig gestellt.

Die hiesigen Arbeiter sehen nach und nach ein, daß im sozialdemokratischen Metallarbeiterverband nicht der richtige Platz für sie ist; daran sind ja die Genossen selber schuld mit ihren Teufereien und mit ihren religionsfeindlichen Jonatismus, der auch im belagerten Artikel durch Ausdrücke wie „Ortsprästen“ usw. zum Ausbruch kommt. Die christlichen Arbeiter in Gmünd und Umgebung haben es satt, Organisationen zu unterstützen, die sich in solch gehässiger Weise über Religion und Genossenschaft anlassen.

So einfach wie unsere Erwiderung auf die Anrempelung wegen des Falles C. Rucher von dem roten Metallarbeiterorgan abgetan wird, ganz genau so können auch wir sagen und behaupten: „Wir bleiben bei den in Nr. 7 unseres Organs aufgestellten Behauptungen.“ Betreff der Vorgänge in Waldkotten können wir beweisen, daß unter Kollege in berechtigter Notwehr handelte. Das geht daraus hervor, daß trotz eingeleiteter Untersuchung seitens der kgl. Staatsanwaltschaft das Verfahren nieder geschlagen wurde, da die Untersuchung nach, daß Keller in „berechtigter Notwehr“ gehandelt hatte. Daß in Waldkotten die Genossen jetzt auf einmal so bebrängt werden sollen, ist doch eigenartig warum denn auf einmal so zahn? Hatten doch erst im vorigen Herbst die Genossen in Waldkotten gepöhl: in 2 Jahren ist die neue Straße ein rotes Gewerkschaftshaus. Warum jetzt auf einmal die Ernüchterung?

Ob die Kollegen und Kolleginnen von Gmünd und Umgebung sich dem roten oder christlichen Verband anschließen, das überlassen wir ruhig ihnen selbst. Jedensfalls werden aber diejenigen Kollegen und Kolleginnen, die nicht Sozialdemokrat sind, es streifte ablehnen, solchen Organisationen beizutreten, die eben Gelder, die doch nur zur wirtschaftlichen Besserstellung des Arbeiters verwendet werden sollen, an den sozialdemokratischen Wahlfonds zählt, wie das besonders bei der letzten Reichstagswahl der Fall gewesen ist. Darum hinweg mit der roten Heublerlippe, heißt es für die christlichen Arbeiter und Arbeiterinnen der Gmünder Edelmetallindustrie! Hinzu in den christlichen Metallarbeiterverband, dort habt ihre eure alleis richtige und wirksamste Interessenvertretung.

Geisenkirchen. Gemäß der Anregung unserer letzten Generalversammlung in Nachen und um eine einheitliche Agitation in die Wege zu leiten, wurden die vier hier bestehenden Ortsverwaltungen G. H. n. Neustadt — Balm — Hülle und Schaffe am 1. Januar zu einer Ortsgruppe verschmolzen. Ferner wurde im Februar eine Sektion fürs Kleingewerbe gegründet, der schon eine ganze Anzahl Kollegen beigetreten sind. Die Mitgliederzahl hat sich in den letzten drei Monaten Dank der eifrigen Agitation bedeutend vermehrt. Auch wurden durch das Eingreifen unserer Organisation im Verein mit den andern Organisationen viele Verbesserungen zugunsten der Arbeiter erzielt. Bei der Firma Munscheid, Dreherei, wurden große Akkordreduzierungen verhindert und sonstige Verbesserungen erreicht. Auf der Firma Küppersbusch, im neuen und im alten Werk, haben die Arbeiter durch die Hilfe der Organisation ganz erhebliche Lohnaufbesserungen erhalten, sowie eine Reihe anderer Mißstände wurden beseitigt. Wir könnten noch mehr Erfolge aufweisen, wenn die Arbeiter nur selbst wollten. Wenn man aber die große Zahl der Unorganisierten, besonders im christlich-nationalen Lager in Betracht zieht, können wir mit dem Erreichten nicht zufrieden sein. Auf dem größten industriellen Werk, Schalker Gruben- und Hüttenverein, werden fortwährend Klagen über große Mißstände geführt, aber leider können es hier die Arbeiter noch immer nicht verschieben, sich der Organisation anzuschließen. Dieses ist aber vielfach auf das passive Verhalten mancher organisierten Kollegen zurückzuführen, die da denken, ihre Pflicht erfüllt zu haben, wenn sie ihre Beiträge bezahlen, und im übrigen die Agitation dem Vorstand und den Vertrauensleuten allein überlassen. Kollegen von Geisenkirchen! Dieses muß in Zukunft besser werden. Unsere Mitgliederzahl muß sich mit jedem Jahre verdoppeln; es kann aber nur dann geschehen, wenn jeder in der Agitation auf dem Posten ist. Dann aber auch die Mitgliederversammlungen, in denen immer belehrende Vorträge gehalten werden, fleißig besuchen. Wenn wir nun stets unsern Mann stellen, und Hand in Hand arbeiten, wird der Erfolg nicht ausbleiben.

Überf. In unserer Versammlung am 3. April hielt Herr Schramm einen Vortrag, betitelt: „Vaiengedanken über Ernährung, Abhärtung und Willensstärkung.“ Referent verstand es, den ganzen Organismus des Menschen zu erläutern und was nötig ist, um ihn im Stande zu halten. Von den eingeleiteten Speisen in den Magen entsteht schon eine große Anzahl Krankheiten, da der Magen mitunter zu schweres Essen nicht vertragen kann; die Rückkehr zur Natur, meinte Redner, wäre richtiger. Auch dürfe man nicht zu viele flüssige Stoffe zu sich nehmen, jedenfalls darf der Durchschnitt täglich 2 Liter nicht übersteigen; ebenso muß die Speise öfter gewechselt werden und darf man nicht in Herger und Eile essen. Die Vegetarier seien den Fleischeckern im Sport, z. B. im Wettlaufen voraus, in der Arbeit dagegen bleiben sie hinter uns zurück, sie haben nicht die Kräfteleistung. Den Kindern dürfe man nur wenig Fleisch geben, und müsse ihnen sämtliche starke Getränke entziehen; auch darf nicht bis zur völligen Erschöpfung gearbeitet werden. Referent ging nun auf die Abhärtung und Willensstärkung über und betonte, daß der Mensch bestrebt sein müsse, seinen Körper abzuhalten durch Entziehung von zu warmer Bekleidung und die Bevorzugung der kalten Wäder gegen die warmen Wäder; frische Luft und Sonnenschein ist eine große Hauptsache für die Gesundheit. Zum Schluß wurde empfohlen, dauernd etwas für dieselbe zu tun und auch Bewegungen im Zimmer zu machen.

Nach dem Vortrag, welcher 1 Stunde 20 Min. gedauert hatte, entspann sich eine lebhaft e Diskussion, in welcher noch manches erläutert wurde. Herrn Schramm sei an dieser Stelle nochmals herzlichst gedankt für seinen lehrreichen Vortrag.

In der nächsten Zeit werden wir noch einen Vortrag von demselben Herrn hören, desgleichen einen von Herrn Schall. Mögen also die Kollegen an den nächsten Versammlungen regen Anteil zeigen, da wir auch sonst noch viel wichtiges zu besprechen haben.

Hierauf wurde beschlossen, daß die Haus-Agitation, welche im vorigen Jahr ihren Anfang genommen hat, weiter fortgesetzt werden soll, ferner, daß die Bauhandwerker auf den Hofen und unsere Ortsgruppe in Schwarten eine gemeinsame Versammlung abhalten wollen.

Kollegen von Kiel und Umgebung! Seid fleißig im Werben neuer Mitglieder, damit wir hier eine feste Position uns erringen.

Schwelm. Wenn Versammlungen und Konferenzen für unsere Bewegung von Vorteil sein sollen, dann ist es Pflicht der Vorstände und Mitglieder, die Beschlüsse derselben zur Durchführung zu bringen. Die Anträge und Beschlüsse einer Versammlung oder Konferenz sind wertlos, wenn sie nicht in die Tat umgesetzt werden. In Konsequenz dessen befaßte sich unsere Ortsgruppe in der Mitgliederversammlung am 6. April mit der Beitragserhöhung, welche auf der Konferenz des bergischen Agitationsbezirks in Barmen beschlossen wurde.

Kollege Bugmann aus Düsseldorf referierte über die Beitragserhöhung. Derselbe führte aus, daß wir vorerst unsere ganze Kraft in die Agitation einsetzen müßten. Gerade in unserem Bezirk seien noch tausende Metallarbeiter, welche auf unserem Boden ständen, zu organisieren. Wollte man dauernde und erspriechliche gewerkschaftliche Erfolge haben, dann sei eine machtvolle, nach innen und außen gekräftigte Organisation Grundbedingung. Um dies zu erreichen, dürften aber die Kollegen nicht vor den nötigen Opfern zurückschrecken. Persönliche sowie materielle Opfer müßten gebracht werden. Das Hauptziel der Gewerkschaften sei Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen. Weil dieses aber in der Regel die heftigsten Kämpfe erfordere, sei eine gefüllte Zentralkasse unerläßlich. Redner wies auf die großen Aussperrungen hin, welche zur Zeit sich überall abspielten. In Anbetracht dessen ermahnte er die Kollegen, bei Zeiten vorzubauen. Die fetten Jahre in unserer Branche hatten ihren Höhepunkt erreicht; nach dieser Zeit komme eine andere, schlechte Zeit, und dann hätten die Arbeitgeber leichtes Spiel, wenn die Kollegen ihre Organisation nicht ausgebaut haben. Seit 1. Januar sind die Kollegen in Frankreichsfallen unterstützungsberechtigt. Durch dieselbe seien der Zentrale erhebliche Lasten aufgebürdet. Abgesehen solcher Anforderungen an die Zentralkasse sei es nicht angängig, auch noch die ganzen Agitationskosten der Zentrale zu überlassen. Der Beschluß der Bezirkskonferenz müßte unbedingt zur Tat werden. Es müsse unbedingt eine Kraft angesekelt werden, welche die Interessen der Kollegen und des Verbandes vertreten könne. Zum Schluß forderte der Referent die Kollegen auf, keinen einseitigen Standpunkt einzunehmen, sondern das Gesamtwohl des Verbandes und des Bezirks im Auge zu behalten.

Kollege Hammacher, Bezirksleiter des christl. Textilarbeiterverbandes, verbreitete sich über Agitation und forderte die Kollegen auf, in ihrem eigenen Interesse die Beitragserhöhung zu beschließen. Auch die meisten anderen Kollegen sprachen sich in diesem Sinne aus. Einige Kollegen glaubten, bei einer Beitragserhöhung würden verschiedene Kollegen abpringen, welches von Kollege Bismann im Schlußwort als unbegründet zurückgewiesen wurde. Die Mitglieder seien doch in jeder Beziehung unterstützungsberechtigt und schädigten sich selbst, wenn sie wegen minimaler Beitragserhöhung ihre Rechte preisgeben würden. Leider war die Versammlung nicht so besucht, daß eine Abstimmung erfolgen konnte. Es wurde darum beschlossen, am 4. Mai dies Thema wieder zu behandeln, und zur Abstimmung zu schreiten. Hoffentlich werden die Schwelmer Kollegen allezeit für die Stärkung des Verbandes eintreten, dem Kollegen zum Schutz, dem Gegner zum Trug.

Flensburg. Am Sonnabend, den 23. März cr., fand im „Holsteinischen Haus“ eine öffentliche Versammlung der christl. Gewerkschaften statt, in welcher Kollege Sigh aus Hamburg referierte. Das Thema lautete: „Was wollen die christl. Gewerkschaften und was leisten sie.“ Nachdem Redner in ruhiger, klarer Weise die Forderungen der christl. Gewerkschaften eingehend behandelt hatte, ging er dann über, die Leistungsfähigkeit der christl. Gewerkschaften zu erläutern und sprach besonders über die Erwerbslosenunterstützung. Redner wies darauf hin, daß der christl. Verband auch in Hamburg Erwerbs-

losgemacht... den freien Verband noch übertriffen... und daß den Kollegen es doch angelegen sein müßte...

In der sich anschließenden Diskussion wurde zeitweise die Aufmerksamkeit auf die ausgesperrten Schneider abgelenkt, wozu auch mehrere Genossen vom sozialdem. Verband sprachen...

Der Vorsitzende des christl. Schneiderverbandes, Kollege Schmehl, widerlegte ihnen schlagend ihre Verdächtigungen unter dem Beifall der Versammlung...

So interessant wie der Verlauf der Versammlung auch war, so ist doch der miserable Versuch von unsern Kollegen dasjenige, was einem ärgern muß...

Gleitwitz. Unsere am 7. April stattgefundene Generalversammlung nahm einen schönen Verlauf und war ein kleiner Sieg in den hierigen trübseligen Organisationsverhältnissen...

Dortmund. Einen ehrenvollen Fortschritt haben wir wiederum im ersten Vierteljahr 1907 zu verzeichnen. Kollegen, es geht vorwärts auf der ganzen Linie...

2 Kollegen des deutschen Verbandes behufs Vorkandidatens gewählt worden. Kurzerhand entließ die Firma die Kommissionsmitglieder...

Kollegen, wollen wir uns eine achtungsgewaltige Stellung erringen, dann heißt es kämpfen, durch Kampf zum Sieg...

Mannheim. Es ist unglaublich, was die sozialdemokratischen Demagogen ihren Mitgliedern zu bieten wagen. Mit ähnlichen Worten beginnt eine Korrespondenz aus Mannheim...

Briefkasten.

Die Ortsgruppenvorstände werden hiermit nochmals ersucht, all e für das Organ bestimmten Notizen, sowie die Bestellungen für Material auf besondere Blätter Papier zu schreiben...

Kollege S., Siegerland. Durch den unverdächtig verlogenen Bericht im Regulator wird die Verwirrung und Mitgliederflucht unter den dortigen H.-D. Anhängern nur gesteigert werden können...

Kollege B., Hiesland und P., Mähen. Von einer Veröffentlichung eurer Einwendungen im Verbandsorgan können wir Abstand nehmen...

Kollege S., Augsburg. Besten Dank für Ueberwindung der „Stadttrabas“ mit dem „Gelben“ Inhalt. Diese bedauernden Leute werden ja immer „gelber“ und ihr Nährvater, der hochmögliche Herr Professor Pfeiffer immer janziger...

Esterbetafel.

Schw. Gmünd. Am 14. April starb unser Kollege Gustav Rudgaber an Infuenza. Wiesburg. Unser Mitglied Dps starb am 15. April an Augenentzündung. Hamburg. Unser Kollege Haberhorn starb an Tuberkulose.

Wormheim. Kollege Peter Rabold (Hammerhämmer), ist am 19. April 1907 an einer Augenentzündung gestorben.

Mühlentersg. Am 11. April starb unser Kollege August Schlegel an Augenentzündung. Wiesburg. Unser Kollege Hermann Keller starb am 11. April.

Ehre ihrem Andenken!

Versammlungs-Kalender.

Wormheim. Jeden 2. Samstag im Monat abends 9 Uhr Delegierten, Vertrauensmänner, Vorstandssitzung... Wiesburg. Jeden 4. Sonntag im Monat morgens 11 Uhr Versammlung mit Vortrag bei Dappen... Mannheim. Jeden 2. Sonntag im Monat vorm. 10 Uhr im Restaurant Kesselflecken, wichtige Mitgliederversammlung... Wiesburg. Jeden 28. April, 9 1/2 Uhr nachm. bei Krogemann. Wiesburg. Jeden 28. April, vorm. 11 1/2 Uhr, Versammlung mit Referat des Kollegen Krause...

Eichtige Kupfer Schmiede

für Apparatebau bei guter Bezahlung für dauernde Arbeit sofort gesucht. Nur durchaus tüchtige Leute wollen sich melden. W. C. Herzog, Hanau a. M.